

Stenographischer Bericht

51. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 27. Jänner 2004

Inhalt:

Mitteilungen (3433).

Antrag der Abgeordneten Kröpfl, Dietrich, Lechner-Sonnek, Prattes, Wiedner, Mag. Zitz, Dr. Bachmaier-Geltewa, List, Böhmer, Breithuber, Gross, Detlef Gruber, Halper, Dr. Reinprecht, Schrittwieser und Stöhrmann gemäß Paragraph 13 Absatz 5 Landes-Verfassungsgesetz 1960 in Verbindung mit Paragraph 40 Absatz 6 GeoLT zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Landtages zwecks Einbringung einer Dringlichen Anfrage gemäß Paragraph 68 GeoLT, betreffend die politische Verantwortung für die Vorkommnisse in der ESTAG.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der ÖVP an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, betreffend politische Verantwortung für die Vorkommnisse in der Energie Steiermark Holding Aktiengesellschaft (ESTAG).

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Mag. Drexler.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der SPÖ, FPÖ und der Grünen an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend Vorkommnisse in der ESTAG.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Kröpfl.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der SPÖ, FPÖ und der Grünen an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, betreffend Vorkommnisse in der ESTAG.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Gennaro.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Mag. Drexler, Abg. Wiedner, Abg. Prattes, Abg. Hagenauer, Abg. Kröpfl, Abg. Straßberger, Abg. Dietrich.

Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 51. Sitzung – in der laufenden XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Hohes Haus!

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns.

Herr Landtagsabgeordneter Günther Köberl vollendete am heutigen Tag sein 40. Lebensjahr. Im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche.

Meine Damen und Herren!

Eingebracht wurde ein Antrag der Abgeordneten der SPÖ, betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bezüglich der politischen Verantwortung für die ESTAG.

Die Einberufung zu dieser außerordentlichen Sitzung erfolgt über Antrag der Abgeordneten Kröpfl, Dietrich, Lechner-Sonnek, Prattes, Wiedner, Mag. Zitz, Dr. Bachmaier-Geltewa, List, Böhmer, Breithuber, Gross, Detlef Gruber, Halper, Dr. Reinprecht, Schrittwieser und Stöhrmann. Die genannten Abgeordneten haben mit Schreiben vom 23. Jänner 2004 gemäß Paragraph 13 Absatz 5 Landes-Verfassungsgesetz 1960 in Verbindung mit Paragraph 40 Absatz 6 GeoLT beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages zwecks Einbringung einer Dringlichen Anfrage gemäß Paragraph 68 GeoLT, betreffend „die politische Verantwortung für die Vorkommnisse in der ESTAG“, einzuberufen.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 in Verbindung mit Paragraph 40 Absatz 6 GeoLT ist der Präsident verpflichtet, den Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung binnen fünf Tagen einzuberufen, wenn wenigstens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt.

Der Antrag ist von insgesamt 16 Abgeordneten, und zwar von elf Abgeordneten der SPÖ, drei Abgeordneten der FPÖ und zwei Abgeordneten der Grünen, unterzeichnet und entspricht daher den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Eingebracht wurden folgende Dringliche Anfragen: von Abgeordneten der ÖVP an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves, betreffend „politische Verantwortung für die Vorkommnisse in der Energie Steiermark Holding Aktiengesellschaft (ESTAG)“, von Abgeordneten der SPÖ, FPÖ und der Grünen an Frau

Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend „Vorkommnisse in der ESTAG“ sowie von Abgeordneten der SPÖ, FPÖ und den Grünen an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl, betreffend „Vorkommnisse in der ESTAG“.

Diese drei eingebrachten Dringlichen Anfragen haben die gemäß Paragraph 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde jeweils die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Auf Grund der Beratungen in der Präsidialkonferenz wird die Wechselrede zu den drei Dringlichen Anfragen in einem abgeführt.

Ich weise darauf hin, dass gemäß Paragraph 68 Absatz 5 GeoLT bei Begründung einer Dringlichen Anfrage und in der Wechselrede kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der ÖVP an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves.

Ich erteile Herrn Klubobmann Mag. Christopher Drexler das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage, betreffend „politische Verantwortung für die Vorkommnisse in der Energie Steiermark Holding Aktiengesellschaft (ESTAG)“.

Abg. Mag. Drexler (10.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung!

Wohl kein anderes Thema hat in den letzten Wochen und Monaten die landespolitische Debatte so sehr bestimmt wie die Diskussion über die Energie Steiermark Holding Aktiengesellschaft, kurz ESTAG, und hat auch dazu geführt, dass es eine aktienrechtliche Sonderprüfung gegeben hat.

Die Abgeordneten des Landtagsklubs der steirischen Volkspartei haben in diesem Zusammenhang eine Dringliche Anfrage an Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves eingebracht, die ich in aller Kürze und Knappheit begründen und die Fragen zur Kenntnis bringen werde.

Im Zusammenhang mit der aktienrechtlichen Sonderprüfung des ESTAG-Konzerns gemäß Paragraph 118 Aktiengesetz hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves in den Medien von einer angeblich existierenden politischen Verantwortung der Landesregierung beziehungsweise einzelner Landesregierungsmitglieder gesprochen.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves ist seit Anfang 2002 als Spitzenrepräsentant der steirischen Sozialdemokratie als Erster Landeshauptmannstellvertreter Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung und hat seither an zahlreichen Beschlüssen der Steiermärkischen Landesregierung im Zusammenhang mit der ESTAG mitgewirkt – so auch an der Genehmigung der Jahresabschlüsse der ESTAG für die Jahre 2001 und 2002 und die Nominierungen für Aufsichtsratsmandate.

Beispielsweise war der Landespartei-Finanzreferent der SPÖ Steiermark, Dr. Heinz Hofer, der auch nach der Wahl von Mag. Voves zum Landesparteivorsitzenden in dieser hohen Parteifunktion verblieben ist, seit Gründung der ESTAG in Spitzenpositionen des Aufsichtsrats, nämlich seit 1998 entweder Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats. Er wurde über Vorschlag von Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves im November 2003 von dessen Amtsvorgänger als Erster Landeshauptmannstellvertreter, Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek, abgelöst. Dr. Hofer, der in seinem Zivilberuf Generaldirektorstellvertreter der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG. ist, in deren Aufsichtsrat sowohl Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek als auch ESTAG-Vorstandsdirektor Mag. Heinzl tätig sind, war von 1998 an auch Vorsitzender beziehungsweise stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der STEWEAG beziehungsweise später SSG. Letztere Funktion hatte er bis zum 20. Mai 2003 inne.

Von der Gründung der ESTAG 1998 an bis zum 7. November 2000 war der langjährige stellvertretende Landesparteivorsitzende der SPÖ, Hans-Joachim Ressel, Eigentümervertreter des Landes in der ESTAG. Einer seiner engsten Mitarbeiter im Landesrats-Büro, Dr. Peter Weiß, war von 1998 bis zum 28. April 2000 Aufsichtsrat der ESTAG. Sodann nahm sein Nachfolger im Büro Landesrat Ressel, MMag. Robert Leitner, bis Mai 2001 diese Aufsichtsratsposition ein. Dr. Weiß und MMag. Leitner waren die einzigen Landesbediensteten in diesem Aufsichtsrat. Vorstandsdirektor Mag. Werner Heinzl, prominentes SPÖ-Parteimitglied und enger Mitarbeiter von Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek seit dessen Vorstandsfunktion in den Grazer Stadtwerken, ist seit 1998 Vorstand beziehungsweise Sprecher des Vorstandes der ESTAG.

Eine Reihe von Verbindungen, wie man sieht.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, folgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Sind Ihnen als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung Beteiligungskäufe und -verkäufe des ESTAG-Konzerns bekannt?

Zweitens: Wenn ja, seit wann verfügen Sie über diese Informationen?

Drittens: Wodurch haben Sie darüber Kenntnis erlangt?

Viertens: Haben Sie sich persönlich über die Situation und die Geschäftsentwicklung des ESTAG-Konzerns informiert?

Fünftens: Haben Sie die Jahresabschlüsse der ESTAG in der Landesregierung zur Kenntnis genommen?

Sechstens: Wenn ja, warum?

Siebtens: Haben Sie in diesem Zusammenhang Fragen zum Jahresabschluss gestellt oder Feststellungen getroffen?

Achtens: Erachten Sie es als Pflicht eines Mitgliedes der Landesregierung, sich über die Beteiligungskäufe und -verkäufe eines Unternehmens, bei welchem das Land Steiermark als Mehrheitseigentümer fungiert, zu informieren?

Neuntens: Wenn ja, wodurch begründen Sie diese Pflicht?

Zehntens: Wenn eine solche Pflicht besteht, sind Sie persönlich dieser Pflicht nachgekommen?

Elftens: In welcher Art und Weise sind Sie dieser Pflicht nachgekommen?

Zwölftens: Ist Ihnen der Unternehmensgegenstand der ESTAG bekannt?

13.: Wenn ja, worin besteht dieser?

14.: Erachten Sie es als Pflicht eines Landesregierungsmitgliedes, sich über das Teilnehmungsmanagement und das Teilnehmungscontrolling des ESTAG-Konzerns zu informieren?

15.: Wenn ja, womit begründen Sie diese Pflicht?

16.: Sind Sie persönlich dieser Pflicht nachgekommen?

17.: Wenn ja, wie sind Sie dieser Pflicht nachgekommen?

18.: Über welche Qualifikationen muss Ihrer Meinung nach ein Aufsichtsratsmitglied der ESTAG verfügen?

19.: Über welche Qualifikationen muss Ihrer Meinung nach ein Vorstandsmitglied der ESTAG verfügen?

20.: Welche Personen wurden im Zeitraum von 1998 bis 2003 von den Landesregierungsmitgliedern der SPÖ als mögliche Aufsichtsratsmitglieder der ESTAG nominiert?

21.: Welche Qualifikationen dieser Personen waren für die Landesregierungsmitglieder der SPÖ für die Nominierung ausschlaggebend?

22.: Entspricht es den Tatsachen, dass Dr. Heinz Hofer beim Landesparteitag der SPÖ am 2. März 2002 zum Finanzreferenten bestellt wurde?

23.: Indiziert diese Tatsache Ihrer Meinung nach ein besonderes Vertrauensverhältnis?

24.: Wenn ja, war dieses Vertrauensverhältnis ausschlaggebend für seine Nominierung und Bestellung zum Mitglied des Aufsichtsrats beziehungsweise Aufsichtsratsvorsitzenden?

25.: Welche Mitglieder der Organe des ESTAG-Konzerns sind auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Österreichs?

26.: Haben Sie zu diesen Mitgliedern Kontakt gepflogen?

27.: Wenn ja, haben Sie mit diesen Personen jemals Gespräche im Zusammenhang mit der ESTAG geführt, insbesondere bevor Sie den entsprechenden Regierungssitzungsanträgen in der Steiermärkischen Landesregierung – etwa Bilanzen, aktienrechtliche Sonderprüfung, Rechnungshofprüfung, Aufsichtsratsnominierungen – zugestimmt haben?

28.: Warum haben Sie all den vorhin genannten Beschlüssen zugestimmt, wenn Sie nun vieles in Zweifel ziehen?

29.: Wurden seitens der SPÖ Personen zur Bestellung als Mitglied des Vorstandes der ESTAG vorgeschlagen?

30.: Welche Personen wurden mit den Stimmen der Landesregierungsmitglieder der SPÖ im Zeitraum 1998 bis 2003 für die Funktion eines Aufsichtsratsmitgliedes bestellt?

31.: Welche Qualifikationen dieser Aufsichtsratsmitglieder waren für deren Bestellung ausschlaggebend?

32.: Haben die SPÖ-Landesregierungsmitglieder Personen, welche für die Funktion eines Aufsichtsratsmitgliedes von anderen Landesregierungsmitgliedern nominiert wurden, abgelehnt?

33.: Wenn ja, aus welchen Gründen haben SPÖ-Landesregierungsmitglieder diese Personen abgelehnt?

34.: Mit welchen Aufsichtsratsmitgliedern hatten Sie im Zeitraum 1998 bis 2003 Kontakt?

35.: Welche Informationsquellen über die ESTAG stehen Ihnen zur Verfügung?

36.: War Ihnen bekannt, dass es bei der ESTAG in den letzten Jahren Unregelmäßigkeiten gegeben haben könnte?

37.: Wenn ja, wie haben Sie davon Kenntnis erlangt?

38.: Wenn ja, haben Sie die möglichen Probleme in einer Landesregierungssitzung zur Sprache gebracht?

39.: Haben Sie auf Grund Ihres Informationsstandes irgendwelche Veranlassungen getroffen?

40.: Sind Ihnen konkret Fehlhandlungen von Organen der ESTAG bekannt?

41.: Wenn ja, wann, wie und wodurch erfuhren Sie von diesen Fehlhandlungen?

42.: Was haben Sie auf Grund dieser Informationen unternommen?

43.: Sie haben in einem Interview in der Tageszeitung „Die Presse“ vom 22. Jänner 2004 auf die Frage „Wie beurteilen Sie das Ergebnis der aktienrechtlichen Sonderprüfung der ESTAG?“ festgestellt: „Der Aufsichtsrat ist sehr professionell vorgegangen, das ist ein Spitzenaufsichtsrat.“ Am Abend desselben Tages haben Sie die Vorgangsweise des Aufsichtsrats in einem ORF-Interview kritisiert. Wie ist diese widersprüchliche Äußerung zu erklären?

44.: Sie kamen von der Wirtschaft in die Politik. Welche rechtlich zulässigen Einflussmöglichkeiten eines Mehrheitsaktionärs einer Aktiengesellschaft existieren Ihrer Meinung nach?

45.: Wurden diese rechtlich zulässigen Einflussmöglichkeiten Ihrer Meinung nach im konkreten Fall genutzt?

46.: Wenn von diesen Einflussmöglichkeiten nicht Gebrauch gemacht wurde, was haben Sie als Landeshauptmannstellvertreter unternommen?

47.: Sind Ihnen darüber hinaus weiter gehende Einflussmaßnahmen bekannt?

48.: Wenn ja, seit wann sind Ihnen diese Einflussmaßnahmen bekannt?

49.: Wurde von anderen Regierungsmitgliedern oder von Ihnen selbst von diesen Einflussmaßnahmen Gebrauch gemacht und wenn ja, in welcher Form?

50.: Worin sehen Sie als Erster Landeshauptmannstellvertreter Ihre politische Verantwortung?

51.: Was haben Sie getan, um Ihrer Verantwortung gerecht zu werden? Ich bitte um Beantwortung. (10.18 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage erteile ich nunmehr Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves das Wort. Herr Landeshauptmannstellvertreter bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (10.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich werde natürlich diese 51 Fragen an das nicht zuständige Regierungsmitglied in dieser Causa sehr gerne beantworten, erlaube mir aber zuvor, doch einige einbegleitende Bemerkungen grundsätzlicher Art anzubringen. Sehr geehrte Damen und Herren! Man muss in den Büchern zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte sehr lange blättern, um auf einen Fall zu stoßen, wo sich der Aufsichtsrat gezwungen sah – im ESTAG-Fall mehrheitlich, wie wir wissen – den gesamten Vorstand zu suspendieren. Dieser Umstand alleine zeugt schon von keiner professionellen Eigentümerbegleitung. Sehr geehrte Damen und Herren! Sollten SPÖ-nahe Organmitglieder Verfehlungen nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung begangen haben, so stehe ich in dieser Causa zu einer vollständigen Aufklärung ohne Schonung einzelner Personen. Das sind wir den Steuerzahlern, das sind wir allen Steiererinnen und Steirern schuldig. (Beifall bei der SPÖ.)

Offensichtlich habe ich als so genannter Quereinsteiger in die Politik eine andere Vorstellung von politischer Verantwortung als Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP. Sie und Ihr zuständiger Landesrat sind nicht bereit, politische Verantwortung für das Desaster in der ESTAG zu übernehmen und wollen sich hinter den gesetzlichen Bestimmungen des Aktienrechtes verstecken. Sie demonstrieren dies wieder auf eindrucksvolle Weise mit Ihren 51 Fragen an das nicht zuständige Regierungsmitglied. Meine Damen und Herren, das sind meiner Ansicht nach althergebrachte politische Reflexe und Rituale, für die die heutige Öffentlichkeit keinerlei Verständnis mehr hat und Sie liefern mit diesen 51 Fragen an das nicht zuständige Regierungsmitglied wieder einen Beitrag – davon bin ich überzeugt – zur Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. Ich hoffe, dass Ihnen die Steiererinnen und Steirer unter anderem auch für dieses unverständliche Ablenkungsmanöver spätestens im Jahre 2005 eine Antwort geben werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Natürlich verlangt mein Amtsverständnis, dass ich dennoch gerne Ihre 51 Fragen wie folgt beantworte: Zur Frage eins: Soweit sie aus Regierungsvorlagen, den Medien und dem Bericht von Ernst & Young bekannt sind. Zur Frage zwei: Seit dem Vorliegen der bereits erwähnten Berichte. Zur Frage drei: Durch das Studium dieser Unterlagen. Zur Frage vier: Im Wege der Berichte des Eigentümerversetzers. Zur Frage fünf: Ja. Zur Frage sechs: Weil ich Vertrauen zum Vortrag des Eigentümerversetzers hatte. Zur Frage sieben: Im Vertrauen auf die Seriosität des Eigentümerversetzers, nein. Zur Frage acht: Insbesondere des Eigentümerversetzers. Zur Frage neun: Aus Paragraf 2 der Geschäftsordnung der Landesregierung in Verbindung mit der Geschäftsverteilung. Zur Frage zehn: Im Vertrauen auf den Eigentümerversetzter, ja. Zur Frage elf: Durch Studium der Vorlagen des Eigentümerversetzers. Zur Frage zwölf: Ja. Zur Frage 13: Ich ersuche Sie, dies in der Satzung der ESTAG im Paragrafen 2 nachzulesen. Zu den Fragen 14 bis 17: Diese Fragen beantworte ich sinngemäß wie die Fragen acht bis elf. Zur Frage 18: Fachliche Qualifikationen und Loyalität zum Eigentümer. Zur Frage 19: Wie Antwort 18. Zur Frage 20: Über den Personenkreis hinaus, den Sie in der Einleitung zur Dringlichen Anfrage anführen, sind mir keine Personen bekannt. Zur Frage 21: Was Nominierungen durch meine Person anbelangt, verweise ich auf Frage 18. Zur Frage 22: Ja. Zur Frage 23: Ja, zur SPÖ. Zur Frage 24: Nicht ausschlaggebend. Zur Frage 25: Ich verweise auf den Datenschutz. Zur Frage 26: Ich versuche grundsätzlich Kontakt zu allen Mitgliedern meiner Partei zu pflegen. Zur Frage 27: Diesbezügliche Gespräche wurden von mir nicht geführt. Zur Frage 28: Ich verweise auf meine Antwort zur Frage sechs. Frage 29: Die Bestellung der Mitglieder des Vorstandes ist Angelegenheit des Aufsichtsrates. Natürlich hat es im Sinne der gelebten Praxis Gespräche mit dem Eigentümerversetzter gegeben und es wurden Vorschläge gemacht. Diese Vorschläge wurden über Intervention des Eigentümerversetzers im Aufsichtsrat umgesetzt. Zur Frage 30: Seit meinem Eintritt in die Landesregierung alle. Wie mir berichtet wurde, war das auch vorher so. Zur Frage 31: Seitens der von der SPÖ vorgeschlagenen Mitglieder verweise ich auf meine Antwort zu Punkt 18 – ich gehe davon aus, dass auch die anderen Regierungsfractionen ähnliche Überlegungen angestellt haben. Zur Frage 32: Seit meinem Eintritt in die Landesregierung hat es in dieser Angelegenheit keinen Beschluss gegen die SPÖ gegeben. Zur Frage 33: Ich verweise auf die Frage 32. Zur Frage 34: Vor meinem Eintritt in die Landesregierung hatte ich zum Thema ESTAG mit keinem Aufsichtsratsmitglied Kontakt. Nach meinem Eintritt mit Dr. Heinz Hofer und einzelnen Belegschaftsvertretern. Zur Frage 35: Von Relevanz

waren die Berichte und Gespräche von beziehungsweise mit dem Eigentümerversorger und der Bericht über die aktienrechtliche Sonderprüfung. Zur Frage 36: Nein, ein Verdacht besteht erst, seit Dr. Hirschmann Vorwürfe erhoben hat. Zu den Fragen 37 bis 39: Ich verweise auf die Antwort zur Frage 36. Zur Frage 40: Mir sind ausschließlich die Feststellungen im Bericht von Ernst & Young bekannt. Zur Frage 41: Durch die Übermittlung des erwähnten Berichtes. Zur Frage 42: Der heutige Sonderlandtag findet meine Zustimmung. Zur Frage 43: Meines Wissens habe ich auf die mehrheitliche Beschlussfassung des Aufsichtsrates in diesem Interview hingewiesen. Zu den Fragen 44 bis 46: Erlauben Sie mir folgende Feststellung: Die rechtliche Situation ist im Gesetz festgelegt. Im Falle eines Mehrheitsaktionärs „öffentliche Hand“ ist aber auch die politische Verantwortung für Vorgänge im Unternehmen zu prüfen, vor allem dann, wenn diese zur Suspendierung des gesamten Vorstandes geführt haben. Dazu dient ein Untersuchungs-Ausschuss.

Zu den Fragen 47 bis 49: Diese Fragen beantworte ich wie folgt:

Bei ordnungsgemäßer Wahrnehmung der Verantwortung des Eigentümerversorgers würden sich weitergehende Einflussnahmen erübrigen.

Zur Frage 50: In der Beachtung der Verfassung, der Gesetze und der Geschäftsordnung der Landesregierung.

Zur Frage 51: Ich beachte, in Ausübung meines Amtes, die in Frage 50 angeführten Rahmenbedingungen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 10.29 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der SPÖ, FPÖ und der Grünen an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und ich erteile dem Klubobmann Abgeordneten Kröpfl dazu das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage.

Abg. Kröpfl (10.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, wertere Mitglieder des Hohen Hauses, verehrte Gäste!

Wir befinden uns in einer wirklich sehr kuriosen Situation.

„Ich habe als Landeshauptfrau in jeder Situation die Hauptverantwortung“, erklärt Frau Landeshauptmann Klasnic in der heutigen Ausgabe des „Kurier“.

Und jetzt haben wir gerade von Herrn ÖVP-Klubobmann Drexler 51 Fragen an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves gehört, wie es denn um seine Verantwortung in der Causa ESTAG steht.

Wie passt das zusammen?

Nur zur Klarstellung: Franz Voves ist in der Landesregierung weder für Beteiligungen, noch für die Energiewirtschaft und damit auch nicht für die ESTAG zuständig. Der zuständige Landesrat ist Herr Paierl von der ÖVP – zwar damals von der FPÖ nominiert, aber heute sitzt er wieder in den Reihen der ÖVP – und die Hauptverantwortung, so wie es die Frau Klasnic gesagt hat, in diesem Land trägt sie, die Frau Landeshauptmann.

Lieber Herr Klubobmann Drexler, liebe Damen und Herren von der ÖVP, Sie haben 51 Fragen zu dieser Causa an Franz Voves gestellt, für die er in der Landesregierung nicht zuständig ist. Der Hintergrund dieser Fragen ist mir bekannt. Sie wollen mit diesen 51 Fragen wieder einmal vertuschen und ein Ablenkungsmanöver starten. Das ist Ihnen aber nicht gelungen. (Beifall bei der SPÖ.)

Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves ist ein sehr politischer Mensch, der natürlich eine Meinung zu den ganzen Vorkommnissen rund um die ESTAG hat. Aber Sie haben hier, Herr Klubobmann Drexler, die falsche Bühne gewählt. Ich mache Ihnen aber einen Vorschlag. Ich werde schauen, dass Sie für unseren Landesparteitag eine Gastdelegiertenkarte bekommen, denn dort können Sie dann diese 51 Fragen anbringen und dort wird unser Landeshauptmannstellvertreter als SPÖ-Vorsitzender Ihnen vielleicht noch ausführlicher Antwort geben, als er das heute gemacht hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber zurück zur Causa prima, verehrte Damen und Herren, wie der Fall ESTAG von den Medien bezeichnet wird. Schwarzer Machtrausch und schwarze Freunderlwirtschaft haben diesen steirischen Leitbetrieb an den Rand des Abgrundes gebracht. Wirtschaftslandesrat Paierl als Verantwortlicher in der Landesregierung und Frau Landeshauptmann Klasnic als Hauptverantwortliche – wie sie immer wieder sagt – in diesem Land haben meiner Meinung nach kläglich versagt.

Ich möchte deshalb einen ganz konkreten Vorschlag machen: Die SPÖ hat seit dem Jahre 1945 bewiesen, dass sie Verantwortung in den Bereichen Finanzen und Beteiligungen wahrgenommen hat. Ich möchte nur an Christoph Klausner und an Joachim Ressel erinnern. Damals haben wir nicht nur ordentliche Budgets gehabt, sondern auch ordentliche Verhältnisse bei den Landesbeteiligungen. Werte Frau Landeshauptmann, nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und übertragen Sie das Wirtschafts- und Beteiligungsressort unserer Fraktion. (Beifall bei der SPÖ.)

Nach dem Machtrausch, in den Sie nach dem Jahre 2000 verfallen sind, haben Sie ja die SPÖ-Ressorts abgeräumt wie einen Christbaum, könnte man sagen. Wir sind aber jederzeit bereit, noch mehr Verantwortung für dieses Land zu übernehmen und wir sind gerne bereit, jederzeit neue Ressortverhandlungen zu führen.

Meine Damen und Herren, Hohes Haus, nach Feiern ist dieser Tage in der Grazer Burg niemandem zumute, am allerwenigsten der Landesmutter. (Abg. Riebenbauer: „Das heißt noch immer Frau Landeshauptmann!“) Tu aufpassen, ich bin noch nicht fertig. Das ist nämlich ein Zitat. Du kommst gleich dran.

Diesen Befund kann man in der dieswöchigen Ausgabe des österreichischen Nachrichtenmagazins „Profil“ nachlesen. Unter dem Titel „Muttis böse Buben“ hieß es am Beginn des Artikels „ESTAG-Affäre, Sexskandal, ein glückloser Grazer Bürgermeister. Landeshauptmann Klasnic gerät durch die Pannen ihrer politischen Ziehsöhne zusehends in Bedrängnis.“ (Abg. Bittmann: „Lesen können wir auch!“)

Und schließlich befindet das „Profil“: „Am Lebenddenkmal Waltraud Klasnic zeigen sich nun erste Risse. Was ist passiert in diesem Land? Zwei Ereignisse binnen kürzester Zeit haben die politische Landschaft der Steiermark verändert und die steirische Volkspartei völlig zerrüttet: Die unappetitliche Sexaffäre eines hochrangigen Landesbeamten, die die Landeshauptfrau Klasnic und ihre obersten Beamten vertuschen wollten, sowie die Abberufung des Dreivorstandes der ESTAG.“

Wir haben in der Vorwoche eine Dringliche Anfrage an Frau Klasnic gestellt. Die Beantwortung unserer 30 Fragen bezüglich der Sexaffäre durch die Frau Landeshauptfrau war eine Scheinheiligkeit (Abg. Bittmann: „Schmutzkübel!“), war an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Ich wiederhole, was ich von dieser Stelle in der vergangenen Woche gesagt habe: Die Mutter hat den Hilferuf einer ihrer Töchter nicht gehört und den bösen Onkel ungeschoren davonkommen lassen.

Auch das Verhalten von Frau Klasnic und den anderen ÖVP-Granden in der Causa ESTAG muss als Scheinheiligkeit bezeichnet werden, als pure Scheinheiligkeit, wie es unser Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves gestern gegenüber Journalisten ausgedrückt hat.

Eine Einschätzung, die auch von den Medien geteilt wird, nicht nur von der SPÖ allein. So schrieb etwa „Steirerkrone“-Chefredakteur Markus Ruthardt am 22. Jänner – ich zitiere: „Es krankt. Landeshauptfrau Waltraud Klasnic lehnt Verantwortung für die Aufsichtsrats Handlungsweise im landeseigenen Unternehmen ESTAG ab; auch die jämmerlichen Konsequenzen in der hofrätlichen Sexaffäre. Jetzt droht nicht nur in den Fällen, zudecken ist besser als aufdecken.“ Zitat von Herrn Ruthardt aus der „Kronenzeitung“.

Einen Tag später, verehrte Damen und Herren, und das lassen Sie sich auch auf der Zunge zergehen, schreibt Herr Ruthardt: „Auf den Machtrausch folgt der mächtige Kater. Ob dieser Überlegenheit kam der Landeschefin ihr unfehlbares Gespür abhanden. Personalfehler da, zweierlei Maß dort, tonnenweise Orden vergaben da, zudecken dort. Was Klasnic locker machte, wirkt jetzt verkrampft, aufgesetzt, sogar ihre Menschlichkeit.“ Zitat Ende.

Wir müssen deshalb den Schluss ziehen, Frau Landeshauptmann, Sie sind anscheinend wirklich eine Schönwetterpolitikerin. (Abg. Tasch: „Ihr seid weder Schön- noch Schlechtwettervertreter!“)

Aber zurück zur Causa ESTAG und zur Begründung unserer Dringlichen Anfrage an Frau Landeshauptmann Klasnic in dieser Angelegenheit.

Es geht uns vor allem darum, die politische Verantwortung der Vorsitzenden der steirischen Landesregierung zu hinterfragen. Wir wollen wissen, was Sie, Frau Landeshauptmann, wann und von wem gewusst haben, was Sie gewusst haben über fehlende strategische Ausrichtungen des Stromkonzerns, von der undurchschaubaren Beteiligungspolitik des Stromversorgers, von der Machenschaft der Strombosse im so genannten Palazzo Prozzo.

Die ESTAG ist ja nicht irgendein Pimperlbetrieb, verehrte Damen und Herren. Hier handelt es sich um ein steirisches Leitunternehmen, das für den Wirtschaftsstandort sowie für die Steirerinnen und Steirer von enormer Bedeutung ist und eine ganz wesentliche Funktion hat. Es geht auch um die Beschäftigten und deren Familien, die dort mit involviert sind. Es geht uns aber auch natürlich um die Stromkunden und schlussendlich um alle Steirerinnen und Steirer, denn immerhin war und ist es ihr Steuergeld, das da sozusagen durch die Stromleitungen fließt und das in manchen Fällen offenbar in irgendeinem Orkus verschwunden ist.

Aber das wird im Rahmen des Untersuchungs-Ausschusses, den wir heute einsetzen werden oder den Beschluss darüber fassen werden, aufgeklärt werden.

Alles, was hier rund um die ESTAG passiert ist und immer noch passiert, ist in Wahrheit ein Bruderzwist, so wie es auch in Zeitungen gestanden ist, zwischen den beiden Klasnic-Ziehsöhnen Paieryl und Hirschmann. Da liegt das „Profil“ mit „Muttis bösen Söhnen“ sicher ganz richtig. Es sind ja einige Schmankerln dieses schwierigen Verhältnisses zwischen Paieryl und Hirschmann bekannt geworden. Ich zitiere wieder aus dem „Profil“ vom 17. November des Vorjahres, worin Paieryl folgendermaßen zitiert wird (Landesrat Schützenhöfer: „Du bist ein Zitatesammler!“): Ja, das ist auch ganz wichtig, weil man muss aufpassen, was die Damen und Herren so sagen. Das ist wesentlich. Ich beginne mit dem Zitat: „Ich habe ihn, Hirschmann – und jetzt eine Anmerkung der Redaktion – massiv unterstützt, als er in die ESTAG gegangen ist, und zwar mit Informationen über das Unternehmen, den Energiemarkt und die Geschäftspolitik. Außerdem habe ich ihm erklärt, was eine Kilowattstunde ist.“ Eine tolle Kommunikation zwischen einem Wirtschaftslandesrat und einem Vorstandsmitglied des größten steirischen Leitbetriebes in diesem Land. Ein weiteres Zitat aus der „Steirerkrone“, damit nicht immer das „Profil“ dran ist, vom vergangenen Sonntag, dem 25. Jänner: „Paieryl warf Hirschmann vor, dass er nicht einmal Bilanzen lesen könne. Er solle sich wieder zu seiner Arbeit schleichen.“ Ist das, verehrte Damen und Herren, der gute Ton innerhalb der ÖVP, zwischen Parteifreunden, zwischen einem Vorstandsmitglied und dem Wirtschaftslandesrat? Ich glaube nicht, dass man innerhalb einer Familie so miteinander umgehen würde. Meine Damen und Herren! Frau Landeshauptmann Klasnic hat weder ihre Ziehsöhne noch ihre Partei im Griff. Wie man jetzt sieht, beginnt es bereits von der Basis her zu brodeln. Das kann man ungeschönt behaupten. Ich behaupte auch, dass sie nicht nur ihre Partei nicht mehr im Griff hat, sondern dass sie schön langsam auch das Land nicht mehr im Griff hat. Sie hat durch ihr Verhalten in der Sexaffäre und jetzt in der Causa ESTAG unsere Steiermark in eine Schiefelage gebracht, für die sie allein die Verantwortung trägt. (Beifall bei der SPÖ.)

Deshalb stelle ich die folgende Dringliche Anfrage an Frau Landeshauptmann Klasnic.

Erstens: Haben Sie in Ihrer Funktion als Landeshauptmann jemals Gespräche mit Mitgliedern der Organe der ESTAG über die Geschäftspolitik beziehungsweise Beteiligungspolitik des Unternehmens geführt?

Zweitens: Wenn ja, worüber wurde dabei gesprochen?

Drittens: Haben Sie jemals Einfluss auf die Beteiligungspolitik der ESTAG beziehungsweise auf Bestellungen von Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitgliedern genommen?

Viertens: Hat Sie der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Ditz vorab von der Entscheidung, im Aufsichtsrat über eine Suspendierung des gesamten Vorstandes abstimmen zu lassen, informiert beziehungsweise gab es in dieser Angelegenheit Kontakte zwischen Ihnen und Dr. Ditz?

Fünftens: Sehen Sie sich als politisch Verantwortliche für den Fall, dass die Prüfungen der ESTAG einen Schaden für das Land beziehungsweise das Unternehmen ergeben?

Gleichzeitig beantragen wir die Abhaltung einer Wechselrede. (Beifall bei der SPÖ. – 10.41 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage erteile ich nun Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort.

Landeshauptmann Klasnic (10.42 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Klubobmann, ich bin eben nicht nur der Landeshauptmann, sondern ich bin auch eine über 40 Jahre erfahrene Mutter und inzwischen fünffache Großmutter. Es ist mir bewusst, wenn man Verantwortung übernimmt, ob in der Familie oder wo die Öffentlichkeit einem diese Verantwortung überträgt oder wo man das Vertrauen von tausenden Menschen bekommt, und zwar im Unterschied des Jahres 1996 zum Jahre 2000, ich erinnere an die Wahl 17. Dezember 1995, Wahl 15. Oktober 2000 ein Plus von 99.000 Menschen. Man hat dieses Vertrauen dahin gehend zu rechtfertigen, dass man in guten und in schweren Zeiten sich verantwortlich fühlt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Dann nehmen Sie die Verantwortung wahr!“)

Zum Zweiten: Diese unsere Steiermark ist ein Lebens- und Wirtschaftsstandort, auf den wir stolz sein wollen und können. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Arbeit der Menschen im Land hat dieses Land geprägt und diese Steiermark ist Heimat für viele Menschen. Ich lasse es auch als Landeshauptmann nicht zu, dass wir vergessen, was wir jenen als Antwort geben wollen und können, die uns vertraut haben. Und in diesem Hause geschieht gute Arbeit, in der Landesregierung geschieht gute Arbeit von allen Regierungsmitgliedern. Wenn es auch oft anders in den Medien steht, sage ich dazu, an die 98 Prozent der Beschlüsse sind einstimmig. Vergessen wir nicht, welches Bild wir nach draußen geben, wenn wir darüber nachdenken und sagen, haben Sie Verantwortung oder haben Sie nicht. Wer sich einer Wahl stellt, hat Verantwortung zu übernehmen und ansonsten soll er es bleiben lassen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Zum Thema!“)

Dieses Land bietet den Menschen in weitem Ausmaß Sicherheit und Geborgenheit. Wir haben Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Land wie selten irgendwo. Wir bemühen uns um die Arbeitsplätze und damit bin ich schon beim Thema, weil auch in dem Hause Energieunternehmen ESTAG und alles, was dazugehört, sind hunderte Menschen mit ihren Familien betroffen, haben Arbeitsplätze, machen sich Sorgen, denken darüber nach, sind verunsichert und möchten auch eine positive Zukunft haben. Das ist der Grund, warum ich sage, ich habe Verantwortung und ich drücke mich nicht davor. (Beifall bei der ÖVP.)

Nächster Punkt: Herr Abgeordneter Kröpl, ich zitiere das, was Sie in weiten Bereichen zusätzlich gesagt haben, nicht. Um was ich Sie bitte ist, dass Sie vielleicht irgendwann, wenn Sie im Leben zurückschauen auf die Abgeordnetenzeit, auf Ihre Aufgabe als Klubobmann und Ihre eigenen Worte lesen. Denken Sie an mich oder vielleicht schreiben Sie mir dann sogar einen Brief. Kommt Zeit, kommt Rat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme nun zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage betreffend Vorkommnisse in der ESTAG. Seit Beginn der Diskussion um die ESTAG im Sommer 2003 habe ich im Einvernehmen mit den Mitgliedern der gesamten Landesregierung, und nicht nur mit einem Mitglied der Landesregierung konsequent Schritte gesetzt, um im Raum stehende Vorwürfe aufzuklären. Bereits in der Sitzung der Landesregierung am 7. Juli 2003 wurde einstimmig beschlossen, den Bundesrechnungshof mit einer Gebarungsprüfung der ESTAG zu ersuchen. In meiner politischen Verantwortung für die Steiermark habe ich am selben Tag öffentlich erklärt, dass ich mir eine lückenlose und umfassende Aufklärung der in den Medien erhobenen Vorwürfe erwarte und forderte in weiterer Folge auch notwendige Maßnahmen, die umgesetzt werden müssen. Nicht nur die Beschäftigten, sondern die Steierinnen und Steirer haben ein Recht darauf, dass dieser Stromkonzern nach wirtschaftlichen Grundsätzen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes im Sinne des Aktienrechtes geführt wird, vor allem im Interesse der vielen Kunden, die von den erzielbaren Möglichkeiten und Vorteilen auch Profit haben sollen. Der von mir am 22. Juli 2003 öffentlich geforderte Ehrenkodex wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates der ESTAG am 6. November 2003 angenommen. Dieser sieht strenge Regeln, insbesondere bei Interessenskonflikten vor, die geeignet sind, das Vertrauen in die Führung und in die Kontrolle dieses Unternehmens zu stärken. In Eigentümerverantwortung für das Unternehmen wurden mit Ferialbeschluss vom 21. Juli 2003 beziehungsweise mit einstimmigem Beschluss der Landesregierung vom 8. September 2003 mittels aktienrechtlicher Sonderprüfung der ESTAG Maßnahmen in die Wege geleitet, wichtige Fragen wie etwa die Verwendung der Privatisierungserlöse oder der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen, durch ein renommiertes und anerkanntes Wirtschaftsprüfungsunternehmen sorgfältig prüfen zu lassen.

Nach der Mandatsrücklegung von vier Aufsichtsräten, nicht zuletzt zwei auf Grund der Bestimmungen des neuen Ehrenkodex, wurde in der Landesregierung am 10. November 2003 der neue Aufsichtsrat unter der Führung des angesehenen Wirtschaftsfachmannes Dr. Johannes Ditz und des uns allen gut bekannten und sehr erfahrenen Energie- und Finanzexperten Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek mit breiter Mehrheit bestellt. Es gab in der Regierung im Falle Dr. Ditz eine Gegenstimme, der Herr Kollege Schögggl hat gemeint, das findet seine Zustimmung nicht.

Die Ergebnisse der einstimmig beschlossenen aktienrechtlichen Sonderprüfung durch die Firma Ernst & Young liegen seit 20. Jänner vor und wurden in der gestrigen Sitzung der Landesregierung zur Kenntnis gebracht.

Der Aufsichtsrat hat in seiner ihm übertragenen Verantwortung und in Kenntnis des Prüfberichtes die Suspendierung der Vorstände der ESTAG verfügt.

Vorsitzender Dr. Ditz hat mir nach der Aufsichtsratssitzung am 20. Jänner 2004 über die schwierige Entscheidung des Aufsichtsrates berichtet.

Dr. Johannes Ditz, Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek und ein Vertreter der EdF als neue interimistische Vorstände sowie Dr. Richard Ramsauer als neuer Aufsichtsratsvorsitzender und Komm.-Rat Gerald Raidl als sein neuer Stellvertreter, die vom Aufsichtsrat mit Mehrheit und Vertrauen ausgestattet wurden, haben keine leichte Aufgabe übernommen. Sie sind geleitet von dem Ziel, die Handlungs- und Arbeitsfähigkeit der ESTAG wieder voll herzustellen und diesen wichtigen steirischen Leitbetrieb erfolgreich in die künftigen Herausforderungen zu führen. Dies liegt im Interesse aller.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage eins: Ja, es wurden sowohl Gespräche mit den Organen der ESTAG als auch mit Mitgliedern der Landesregierung über die ESTAG geführt.

In diesem Zusammenhang ist mir wichtig festzuhalten, dass Vorstand und Aufsichtsrat völlig eigenverantwortlich und selbstverständlich weisungsfrei entscheiden. Wer Verantwortung übernimmt und auch dafür haftet, muss frei entscheiden können.

Zur Frage zwei: Da es sich bei der ESTAG um einen der wichtigsten Leitbetriebe der Steiermark handelt, wurde bei verschiedenen Anlässen vor dem Hintergrund des erfolgreichen Wirtschaftsstandortes Steiermark über Aktivitäten der ESTAG gesprochen, auch über einzelne Beteiligungen, etwa Styrian Airways oder Thermenland Ottendorf. Für diese Gespräche gilt dasselbe, was ich bereits zur ersten Frage ausgeführt habe, nämlich, dass Vorstand und Aufsichtsrat eigenverantwortlich entscheiden.

Der Landesregierung werden jährlich die Jahresberichte über abgeschlossene und künftige Projekte vorgelegt. So wurde die gesamte Landesregierung im letzten vorliegenden Bericht für das Jahr 2002 über Beteiligungen, wie etwa auch die von Ihnen oben angesprochenen, sowie über weitere 50 andere Beteiligungen informiert. Es wurde uns berichtet vom Energie-Graz-GmbH.-Vertrag, nicht der Vertrag, sondern die Teilnahme der Ersten Grazer Tiefgaragen Errichtungs- und Betriebs-GesmbH., dem Cargo-Center-Graz, und dieser Bericht wurde von der Landesregierung einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zur Frage drei: Was die Beteiligungspolitik betrifft, nein. Wie oben ausgeführt, ist dies aktienrechtlich nicht möglich. Die Verantwortung für die Beteiligungen der ESTAG liegt bei den dazu bestellten Organen, wie Aufsichtsrat und Vorstand. Dies geht auch klar aus der aktienrechtlichen Sonderprüfung der Firma Ernst & Young hervor.

Hinsichtlich der Aufsichtsratsmitglieder gelten die handelsrechtlichen Bestimmungen, wonach das Land Steiermark als Hauptaktionär Aufsichtsratsmitglieder entsendet. Die Nominierungen erfolgen durch Beschlüsse der Landesregierung, wie zuletzt am 10. November 2003.

Die Bestellung der Vorstandsmitglieder – wie auch deren Abberufung – erfolgt durch den Aufsichtsrat. Dieser hat eigenverantwortlich zu entscheiden und haftet im Übrigen für seine Beschlüsse.

Zur Frage vier: Es gab die Information, dass verschiedene Entscheidungsmöglichkeiten bestehen. Die Entscheidung wurde vom Aufsichtsrat nach langer Diskussion eigenverantwortlich getroffen. Meinen Informationen zufolge wurde über das Abstimmungsverhalten absolute Vertraulichkeit vereinbart. Trotzdem wurde bekannt, dass die Aufsichtsräte unterschiedlich stimmten.

Der Prüfbericht der Firma Ernst & Young als Grundlage für weitere Entscheidungen und Maßnahmen lag erst am Dienstag, dem 20. Jänner 2004 dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung vor.

Wie Sie wissen, habe ich an diesem Tag hier im Steiermärkischen Landtag eine Dringliche Anfrage beantwortet und war während der Dauer des Landtages im Plenum, ausgenommen am Vormittag von 11 bis 13.30 Uhr bei einer Sub-auspiziis-Promotion an der Technischen Universität. Ich wurde im Plenum erstmals vom Kollegen Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves von der Entscheidung in einem Nebensatz informiert. Zweiter Informant war mein Nachbar zur Rechten, Hermann Schützenhöfer.

Nach dem Ende der Landtagssitzung habe ich mich mit Dr. Johannes Ditz über die Entscheidungen im ESTAG-Aufsichtsrat ausgesprochen.

Zur Frage fünf: Als Landeshauptmann der Steiermark habe ich die Gesamtverantwortung für das ganze Land übernommen und ich fühle mich verantwortlich dafür, dass dieses Leitunternehmen der Steirerinnen und Steirer jetzt und in Zukunft wieder voll arbeits- und handlungsfähig ist.

Sofort nach Kenntnisnahme der Vorwürfe wurden mit der aktienrechtlichen Sonderprüfung die dem Land Steiermark als Eigentümer zur Verfügung stehenden Maßnahmen gesetzt.

Darüber hinaus habe ich in meiner politischen Verantwortlichkeit die Anrufung des Bundesrechnungshofes durch einstimmigen Beschluss der Landesregierung veranlasst sowie die Umsetzung des Ehrenkodex und eine deutliche Kostensenkung im oberen Verantwortungsbereich gefordert.

Oberstes Prinzip meiner Forderungen ist die lückenlose Aufklärung aller aufgeworfenen Vorgänge in der ESTAG und die Sicherstellung der Arbeits- und Handlungsfähigkeit dieses Unternehmens. Genau so verstehe ich auch die zukünftige Arbeit im einzusetzenden Untersuchungs-Ausschuss des Landtages – in Verantwortung für das Land und aller Steirerinnen und Steirer, die letztlich Eigentümer dieses Unternehmens sind. (Beifall bei der ÖVP. – 10.55 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus, wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der SPÖ, FPÖ und der Grünen an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paiarl. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kurt Gennaro zur Begründung der Dringlichen Anfrage, betreffend „Vorkommnisse in der ESTAG“, das Wort. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Gennaro (10.55 Uhr): Meine Damen und Herren, Herr Präsident!

Wenn der Klubobmann der ÖVP hergeht und sagt, auch die Unzulässigkeit und die Verfehlungen der SPÖ sind aufzuzeigen, dann hat er mit einem Satz schon zugegeben, dass die ÖVP Unzulässigkeiten und Verfehlungen gemacht hat. Das ist eine Bestätigung. (Beifall bei der SPÖ.)

Landeshauptmannstellvertreter Voves hat eindeutig und klar erklärt, es gibt bei uns, wenn irgendjemand da mit drinnen ist, eine schonungslose Aufklärung. Ich darf eines sagen, in der Landesregierung oder im Land gibt es sicher keine Entscheidung der SPÖ oder eines SPÖ-Managers, wo nicht die ÖVP ihre Zustimmung gibt – nur, weil man die Machtverhältnisse ja kennt.

Meine Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, gestern am Abend habe ich mir gedacht, na gute Nacht, was werden sich die Steirer denken, wenn Sie heute wieder so auf die Tränendrüse drücken? Sie sind ja beschrieben in den Zeitungen – und, Riebenbauer, wir müssen ja Zeitungen lesen, weil selbst der Herr Prof. Rauch bei der letzten Sitzung am 20. Jänner gemeint hat bei einem Zwischenruf von uns, jawohl, wir nehmen die Meinungen der Presse sehr ernst, auch die der Boulevardpresse, weil das ist Volksmeinung. Jetzt weißt du, warum wir so genau Zeitung lesen, das, was ihr nicht macht, weil ihr auf die Volksmeinung nicht hört. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie, Frau Landeshauptmann, haben gestern gesagt, auf die Frage des Herrn Koch vom ORF, ob Sie für den Landesrat Paiarl die Hand ins Feuer legen: „Wer mich kennt, weiß, dass ich das für niemanden tue, nicht einmal für mich selbst!“

Na gute Nacht, da müssen sich die Steirerinnen und Steirer etwas denken, wenn Sie so ein Vertrauen zu Ihrer eigenen Person haben, dass Sie nicht einmal für sich selbst die Hand ins Feuer legen. Ich habe mir etwas dabei gedacht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie meinen, welches Bild nach außen gezeichnet wird, Frau Landeshauptmann, Sie haben gesagt, „wer gewählt wird, hat auch Verantwortung zu übernehmen“, das unterstreiche ich 1000-mal, da brauchen wir ja nicht reden, das ist sicherlich klar. Es wäre auch nicht schlecht für Sie, wenn Sie von dieser Verantwortung in manchen Bereichen Gebrauch machen würden.

Sie haben in der Vergangenheit oft schon Gelegenheit gehabt. Sie müssen aufpassen, was Sie sagen, weil das kann einmal so weit kommen, dass Sie wirklich Konsequenzen ziehen müssen. Wenn Sie sich der Verantwortung bewusst sind, dann müssten Sie manches Mal eine andere Entscheidung treffen. Bis heute haben Sie es nicht gemacht, sondern Sie haben nur geschwiegen. (Präsident: „Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl zu kommen!“)

Ich komme schon zur Begründung. Sie müssen selbst aufpassen, weil Sie machen zu Geschäftsordnungen Wortmeldungen, die oft auch nicht im Zusammenhang mit der Sache stehen. Herr Bundeskanzler Schüssel selbst hat Landesrat Paiarl fallen gelassen. Auf die Frage „Zerrüttung in der ÖVP“ haben Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, gelacht. Ich würde daher empfehlen, sich die Reaktionen in der Steiermark anzuhören. Ihr kommt dabei nicht gut weg, weil die eigenen Leute über die Vorgangsweise sehr entrüstet sind. Ich erspare mir das aufzuzählen, denn es gäbe sicherlich noch viele Zitate zu nennen, aber unser Klubobmann hat einige schon erwähnt: „Machtkampf zwischen Paiarl und Hirschmann ist entbrannt!“ Weil die politische Verantwortung geklärt werden muss, darf ich folgende Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl als Eigentümervertreter richten:

Erstens: Haben Sie in Ihrer Funktion als Eigentümervertreter jemals Gespräche mit Mitgliedern der Organe der ESTAG über die Geschäfts- beziehungsweise Beteiligungspolitik des Unternehmens geführt?

Zweitens: Haben Sie jemals außerhalb von Regierungssitzungen die Frau Landeshauptmann über die Konzernstrategie, Beteiligungspolitik beziehungsweise den wirtschaftlichen Werdegang der ESTAG informiert?

Drittens: Bei Bejahung der Frage eins beziehungsweise zwei: Worüber wurde dabei im Detail gesprochen?

Viertens: Haben Sie im Zusammenhang mit den wesentlichen Strukturänderungen im ESTAG-Bereich (Verschmelzung von STEWEAG/STEG und Umwandlung in eine Ges.m.b.H., Abspaltung der Wasser- und Wärmekraftwerke der STEWEAG zur AHP und ATP) in den Jahren 2000 und 2001 Ihren klaren Eigentümerwillen artikuliert? Haben Sie in den letzten drei Jahren von der ESTAG eine Konzernstrategie eingefordert beziehungsweise ist eine solche je vorgelegt worden?

Fünftens: Haben Sie bei den Dividendenausschüttungen der letzten Jahre nachgefragt, ob diese entsprechend den letztjährigen Einzelabschlüssen und in Übereinstimmung mit den jeweiligen erwirtschafteten operativen Ergebnissen dieser Gesellschaften erfolgt sind? Sind diese Dividendenausschüttungen möglicherweise nur durch „Bilanzmanipulationen“ zustande gekommen?

Sechstens: War Ihnen bekannt, dass es im Vorstand und Aufsichtsrat bereits vor der Bestellung von Dr. Hirschmann Meinungsverschiedenheiten zur Konzern- und Beteiligungspolitik der ESTAG gab?

Siebtens: Wie erklären Sie, warum Sie es als Eigentümervertreter zugelassen haben, dass in der ESTAG bis September 2003 kein beschlossenes Budget 2003 vorgelegen ist und es keine abgestimmte Konzernplanung gab?

Achtens: Können Sie darüber Auskunft geben, ob und in welchem Ausmaß für den Energie Graz Beteiligungserwerb sowie andere Akquisitionen überhöhte Kaufpreise beziehungsweise strategische Prämien bezahlt wurden? Wie stehen Sie dazu, dass auch in vielen anderen Kaufentscheidungen sehr hohe strategische Prämien zur Auszahlung kamen?

Neuntens: Sie haben, Herr Landesrat, die ESTAG mehrfach in der Öffentlichkeit als bestkontrolliertes Unternehmen der Welt bezeichnet. Warum kam es zu diesen Kontrollen erst mit dem Einzug von Dr. Hirschmann in den Vorstand dieses Unternehmens?

Zehntens: Wie erklären Sie sich, dass Beteiligungen außerhalb der ESTAG-Kerngeschäftsbereiche primär erst seit Ihrer Eigentümerzuständigkeit erfolgt sind?

Elftens: In welchem Ausmaß hat Herr Univ.-Prof. Romuald Bertl in den vergangenen Jahren als Wirtschaftsprüfer und Gutachter bei der ESTAG und deren Töchtern Honorarnoten gelegt? Welche persönlichen Beziehungen gibt es zwischen Ihnen und dem Herrn Universitätsprofessor?

Zwölftens: Sehen Sie sich als politisch Verantwortlicher für den Fall, dass die Prüfungen der ESTAG einen Schaden für das Land beziehungsweise das Unternehmen ergeben?

Ich ersuche um die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.01 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage erteile ich nun Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paierl das Wort. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (11.02 Uhr): Verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, insbesondere auch die im Auditorium anwesenden Mitarbeitervertreter ESTAG und ESTAG-Töchter!

Man muss kein großer Psychologe sein, um feststellen zu können, dass mit zunehmender Dauer einer Konfliktsituation sehr leicht der eigentliche Stein des Anstoßes verloren geht. Ich habe in den letzten Tagen verstärkt den Eindruck gewonnen, dass es einigen an der Diskussion Beteiligten und Kommentatoren in der so genannten „ESTAG-Affäre“ so geht – sie haben die Übersicht verloren. Welche Aspekte dürfen wir heute in diesem Sonderlandtag, den ich ehrlichen Herzens sehr willkommen heißen habe, weil er Gelegenheit gibt, in einer größeren Öffentlichkeit und insbesondere im Landesparlament die Dinge anzusprechen, auf keinen Fall aus den Augen verlieren? Bei der Beantwortung dieser Frage sind mir drei Themenkreise ganz besonders wichtig. Der erste Punkt betrifft die rechtlichen Grundlagen des Geschehens. Meine Damen und Herren, verzeihen Sie, dass ich hier auch mein ganz persönliches Bekenntnis einbringe. Ich habe das gestern auch bei einer gemeinsamen Veranstaltung in der Weststeiermark festgestellt: acht Jahre, gestern drei Tage, heute vier Tage, 23. Jänner 1996, als ich von Frau Landeshauptmann in das Amt des Wirtschaftsreferenten eingeführt wurde. 2000 – wie Sie wissen – kam dann auch noch das Finanzressort dazu. Deswegen liegt mein Schwerpunkt, schon von meiner Herkunft und auch von meiner inhaltlichen Positionierung, weniger in der parteipolitischen Polemik oder in der Demagogie, sondern ich versuche, die Dinge doch rechtlich, sachlich, aber natürlich auch ethisch, philosophisch zu betrachten.

Der zweite Punkt neben diesen wichtigen rechtlichen Grundlagen beschäftigt sich mit der Größenordnung von Einwüfen, Anwürfen, Vorwürfen, auch Unterstellungen, Polemiken et cetera in diesem Zusammenhang. Und im dritten Punkt, meine Damen und Herren, möchte ich darauf eingehen, wie ich persönlich politische Verantwortung definiere und wo ich diese im konkreten Fall sehe.

Zurück also zu den rechtlichen Grundlagen: Ich ersuche Sie in den Diskussionen, in der heutigen, aber auch in den noch folgenden, im Hintergrund immer mitzudenken, dass es sich bei der ESTAG um eine Aktiengesellschaft handelt. Ich bin heute von meiner jungen Kollegin schon gefragt worden, eigentlich ist das eine wichtige Frage, die einzige eigentlich, AG.s, sonst haben wir Ges.m.b.H. und in der Ges.m.b.H., meine Damen und Herren, wissen viele nicht, ist auch nicht Ihre Schuld, dass Sie das nicht wissen, in den Medien ist das schon ein bisschen anders und man sollte sich erkundigen und recherchieren, gibt es keine Eigentümerweisung in der AG., in der Ges.m.b.H. sehr wohl. Denn damit sind die Spielregeln zwischen dem Unternehmen, seinen Organen, Organe der Unternehmen sind nur zwei beziehungsweise zweieinhalb, wenn Sie so wollen, Vorstand, Aufsichts-

rat und Hauptversammlung, dem Eigentümerversorger bis hin zur Steiermärkischen Landesregierung – der Eigentümer ist die Steiermärkische Landesregierung – durch das Aktiengesetz streng reglementiert. Es gibt, und ich glaube, kein Berufenerer als der österreichische Bundeskanzler hat das in einem Interview am Sonntag auf den Punkt gebracht, hier klare Spielregeln, und zwar für alle. Der Vorstand einer Aktiengesellschaft leitet das Unternehmen eigenverantwortlich und weisungsfrei. Bitte nehmen wir das zur Kenntnis. Weder ein Mehrheitsaktionär noch die Hauptversammlung – aller Aktionäre –, in dem Fall Land Steiermark, EdF, können dem Vorstand Weisungen erteilen. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind nach dem Gesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet – Paragraph 84 (1) und Paragraph 99 des Aktiengesetzes. Das gilt auch in Bezug auf die Aktionäre. Eine diesbezügliche Pflichtverletzung ist eine Pflichtverletzung, wenn jemand dieses Recht und diese Spielregeln bricht. Das Gesetz sieht auch keine Ausnahme für Informationen an Hauptaktionäre vor, so dass davon auszugehen ist, dass die Informationsweitergabe von wichtigen Firmeninhalten an den Hauptaktionär grundsätzlich gar nicht zulässig ist. Der Hauptaktionär kann daher grundsätzlich nicht eine laufende Berichterstattung durch die Organmitglieder der AG. verlangen und er kann auch nicht den Geschäftsgang laufend kontrollieren. Ich betone ausdrücklich, seriöse Informationsweitergabe und Berichterstattung, nicht Tratsch, nicht Gespräche, nicht Information einholen – ich komme auf Beispiele noch zurück.

Ich habe diesbezüglich, meine Damen und Herren, gerade in den letzten Monaten schon in der Auseinandersetzung zum Thema meine eigenen Erfahrungen als Aktionärsvertreter bei der STEWEAG machen müssen.

Erstes Beispiel: Die viel zitierte und auch im aktienrechtlichen Sonderprüfbericht festgelegte Problematik, das Thema Engagement einer Enkeltochter der ESTAG, bei der Energiepark Donawitz. Ich wurde am 30. Juni 2003 in einer steirischen Tageszeitung zitiert, dass ich Aufklärung über die Vorgänge dieses angeblichen 50-Millionen-Euro-Projektes oder -schadens der ESTAG-Tochter verlange. Dieses Zitat hat zu einem vehementen Schreiben, und zwar berechtigten Schreiben, der STEWEAG-STEAG-Geschäftsführer an deren Vorsitzenden des Aufsichtsrates, eine Ges.m.b.H., nämlich dem Vorstand der ESTAG Dr. Hirschmann geführt, der sich wiederum völlig korrekt und völlig richtig in einem Schreiben an die Frau Landeshauptmann oder mich parallel gewendet hat und in diesem Schreiben mir nahe legt, derartige Aussagen wegen unternehmensschädigender Wirkung tunlichst zu unterlassen.

Zweites Beispiel: ESTAG-Controlling: Ich habe in der Landesregierung, nachdem viel diskutiert wurde und immer wieder auch in der nachfolgenden Pressekonferenz Unsicherheiten aufgetreten sind, als Eigentümerversorger angekündigt, ich werde monatliche Berichte zur Absicherung, dass wir wissen, woran wir sind, wir neun, über Ist-Soll, monatliche Berichte über den wirtschaftlichen Vorgang vorlegen. Und ich bin damit auch an den ESTAG-Vorstand herangetreten, mir diese Monatsberichte für die quasi Berichterstattung an die Regierung zu übergeben. Der Gesamtvorstand hat dies mit der Begründung – meines Erachtens auch wiederum richtigerweise – abgelehnt, dass nur im Aufsichtsrat behandelte, beschlossene und zur Kenntnis genommene Zahlen, das heißt naturgemäß nur sehr verspätete, dem Eigentümer bekannt gegeben werden dürfen, da es sich um vertrauliche Unternehmensdaten handelt.

Meine Damen und Herren, der anerkannte Wiener Gesellschaftsrechtler Dr. Johannes Reich-Rohrwig teilt in einem Gutachten dem Land Steiermark – ist auch der Landesregierung gestern vorgelegt worden – mit, dass er darüber hinaus die Position vertrete, dass gerade bei Aktiengesellschaften, die im Besitz der öffentlichen Hände stehen, diese Bestimmungen des Aktienrechtes auch eine Art reinigende Wirkung hätten, da sonst häufig der Vorwurf der Politisierung und der Einmischung in privatwirtschaftliches Wirtschaften erhoben werden würde.

Zusammenfassend bedeutet das, dass jeder, der in dieser Causa das Wort ergreift, jeden seiner Sätze auf diese aktienrechtliche Waagschale legen muss. Einwürfe wie, „das ist zwar rechtens, aber da gibt es noch etwas anderes“, mögen sich vielleicht gut verkaufen lassen, widersprechen aber in dramatischer Weise jenem Eid, meine Damen und Herren, den Sie und den auch wir alle miteinander hier im Hohen Landtag geleistet haben. Zur Erinnerung, ich zitiere: „Ich gelobe, dass ich die Verfassung und die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Steiermark unverbrüchlich beobachten werde!“

Kommen wir zum zweiten Punkt, zur Größenordnung, von der wir reden: Im Zusammenhang mit einem Unternehmen, in dem im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 2361 Mitarbeiter einen Umsatz von 891,4 Millionen Euro erwirtschafteten, das in Tochterunternehmen mehrere hunderttausend Energie-, insbesondere hier Stromkunden betreut und die Versorgungssicherheit für 40.000 steirische Unternehmen zu garantieren hat, darf um nichts in der Welt politisches Kleingeld gewechselt werden, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Die ESTAG ist das zweitgrößte – wissen viele nicht, weil natürlich die Imagepolitik in den letzten Wochen und Monaten nicht gerade stattgefunden hat – industriell geführte Unternehmen mit allen Hauptquartiersfunktionen in der Steiermark. Und den Ausführungen und auch den Emotionen, meine Damen und Herren, der Frau Landeshauptmann ist diesbezüglich nichts hinzuzufügen. Bedenken Sie, dass dies am Spiel steht. Sie schaden mittlerweile – das ist keine Drohung, ich sage es, aber ich muss es sagen – nicht nur einzelnen Personen, wo man vielleicht da oder dort meinen möchte, na gut, dem wollte ich schon immer eine aufliegen und dem wollte ich schon immer eines auswischen, sondern Sie schaden mit dieser Diskussion dem Unternehmen eindeutig und Sie schaden damit dem Lande. Sie schaden damit dem Lande. Ich schaue da jetzt niemanden an. Ich sage das anonym. (Abg. Prattes: „Musst dich selber anschauen!“ – Abg. Kröpl: „Fragt sich, wer da schadet!“)

Jeder soll sich dabei betroffen fühlen und überlegen, wie er es damit hält.

Aus meiner wirtschaftspolitischen Sicht und als Eigentümervertreter in der Landesregierung gibt es neben der Arbeit für die steirischen Kunden günstige Energiepreise, hohe Produktqualität. Und das stimmt einfach nicht, dass die Strompreise im Letztbereich gestiegen sind; 1. Jänner 2004 im Versorgungsbereich Graz 10 Prozent minus, 10-prozentige Senkung. Ich weiß schon, dass es dann natürlich für den Verbraucher unter dem Strich, weil da der Fiskus einigermaßen zugreift, ein bisschen anders aussieht. Das muss man auch seriöserweise dazusagen. Aber das, was die Firma leistet, ist günstiger geworden, ist billiger geworden, bei gleicher Leistungskraft, die immer wieder gefordert wird.

Ein weiteres unternehmenspolitisches Ziel – und die Belegschaftsvertreter sind, wie gesagt, hier – ist die Erhaltung und wenn möglich die Erweiterung der Arbeitsplätze durch wettbewerbsfähiges Wirtschaften.

Dies ist auch ein sehr kritischer Punkt, da in den ehemals monopolistisch strukturierten Versorgungsunternehmen nicht unerheblich Redundanzen – manche sagen dazu auch Privilegien – vorhanden sind und bekanntlich die staatsnahen Monopole auch zu Organisations- und Personalstrukturen geführt haben, denen in den rein marktorientierten Wirtschaftsstrukturen nichts Vergleichendes gegenübersteht. Auch hier hat die Frau Landeshauptmann symbolisch exemplarisch mit ihrem Aufruf im Sommer ja das kritische Ding angesprochen und wir wissen alle, wie schwierig es ist, das zu verändern. Es muss verändert werden, aber das geht nicht mit politischem Zuruf allein von außen – das ist wichtig, dass man das politisch unterstützt –, das muss vor allem innerhalb der Unternehmungen abgearbeitet werden. Da werden ja keine Leute rausgeschmissen oder gar sonst irgendwie schlecht behandelt. Das ist ja auch ein Vorteil dieses Sektors.

Eine Erweiterung der Beschäftigung ist auf Grund der kaum wachsenden Märkte im Energiebereich, im heimischen Bereich, ausschließlich über neue Geschäftsfelder oder Auslandsengagements, im Kerngeschäft et cetera zu finden. Dieser Weg ist von vielen großen und mittleren Unternehmungen weltweit, vor allem auch in Europa, begangen worden und hat dabei – siehe Telekommunikation, UTA-Geschichten – unterschiedlichste Erfahrungen gebracht. Man ist auch teilweise wieder ausgestiegen. Das ist auch die Realität.

Das dritte unternehmenspolitische Ziel, meine Damen und Herren, ist die Befriedigung der Interessen von Kapitalgebern. Das ist nicht ganz so alt wie die ersten zwei Ziele, ist etwas neuer. Früher hat es nicht die Überlegung gegeben, dass EVUs auch Dividenden zahlen müssen, aber dann gab es Börsengänge und dergleichen, und mittlerweile ist es Usus, dass es eigentlich kein EVU mehr gibt, kein Energieversorgungsunternehmen mehr gibt, das keine Dividende zahlt, das den Kapitalgebern hier nicht auch eine gewisse Befriedigung gibt. Und letztlich ist ja das auch der Wert, von dem gesprochen wurde – Steuerzahler schau runter.

Die ESTAG hat insbesondere durch den Eintritt der EdF im Jahre 1997/98 eine entsprechende Dividendenpolitik beziehungsweise Gewinnausschüttung an die beiden Aktionäre Land Steiermark und EdF im jeweiligen Anteil 74,9 zu 25,1 Prozent betrieben. Unter den gegebenen Umständen, schon angeschnitten, Stromliberalisierung, Beteiligungskäufe – das Geld muss im Unternehmen bleiben –, mühsame Restrukturierung von Organisations- und Personalvoraussetzungen war diese Entwicklung, auch aus meiner Sicht heute, ab 1997 zufriedenstellend. Die Ausschüttung 1997 betrug, nur zur Information, 7,3 Millionen Euro und ist auf jeweils 14,5 Millionen Euro in den darauf folgenden Jahren – noch unter Zuständigkeit meines Amtsvorgängers – gestiegen. Im Jahre 2000 wurden 24,1 Millionen Euro und in den beiden letzten Bilanzen, 2001 und 2002, wurden 27 beziehungsweise 27,5 Millionen Euro an die beiden Gesellschafter ausgeschüttet. In Summe daher, meine Damen und Herren, in sechs Jahren 150 Millionen Euro, davon 88 Millionen an das Land Steiermark.

Ich sage danke an die Mitarbeiter und an die Kunden, die das ermöglicht haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch für das abgelaufene Kalender- und Geschäftsjahr 2003 wird zumindest im operativen Ergebnis ein durchaus passabler Gewinn laut Aussagen von den zuständigen Vorständen in den letzten Wochen erwartet.

Der Unternehmenswert ist noch vorhanden, leidet aber sicherlich sehr unter der bisherigen Diskussion. Das ist unser, Ihr Steuergeld. (Abg. Gennaro: „Zur Beantwortung!“)

Meine Damen und Herren, ich bin vom Präsidenten zu mehr Eile aufgerufen worden. Ich glaube, Herr Abgeordneter, denn ich schätze Sie ob Ihrer Sachlichkeit in den gemeinsamen Jahren der Wirtschaftspolitik, dass es durchaus angebracht und nicht uninteressant ist, denn ich versuche, mich wirklich an die Fakten zu halten. Ich höre gerade, dankenswerterweise durch Intervention der Frau Landeshauptmann beim Präsidenten, dass ich keine Redezeitbeschränkung habe. Ich würde gerne, wenn Sie einverstanden sind – (Abg. Gennaro: „Das ist wieder ein Machtausch. Was glauben Sie, wer Sie sind? Das ist ein Skandal. Was bilden Sie sich ein? So was ist die erste Frau im Land, sie fährt über alles drüber!“) Herr Gennaro, das ist ja kein Problem. Wenn ich eine Redezeitbeschränkung habe, dann halte ich sie ein. Ist das klar? (Präsident: „Zur Geschäftsordnung, Herr Landesrat ist am Wort. Ich bitte fortzusetzen!“)

Meine Damen und Herren! (Präsident: „Herr Landesrat bitte!“) Herr Präsident, ich danke. Lassen Sie mich zum dritten Punkt kommen. (Präsident: „Meine Damen und Herren! Die Redezeit für Regierungsmitglieder ist nicht beschränkt, jedoch dann in der Wechselrede sehr wohl. Herr Landesrat, ich bitte fortzusetzen!“)

Danke, Herr Präsident. Nun zum dritten Punkt und auch zu der immer wieder in der politischen Diskussion, der ich mich auch stelle, selbstverständlich, auch wenn ich eingangs betont habe, dass ich aus der sachlichen Ecke der Politik komme.

Zur Frage der politischen Verantwortung: Für mich gibt es in dieser Diskussion zwei äußerst entscheidende Zeitpunkte, zwei Daten, einerseits den 8. November 2000 – den haben Sie hier selbst miterlebt, meine Ressortübernahme – und andererseits den 21. Juli 2003, von der Frau Landeshauptmann in ihrer Anfragebeantwortung auch schon angeschnitten: An diesem Tag habe ich nämlich, an diesem 21. Juli, zusätzlich zur Befassung des Bundesrechnungshofes gemeinsam mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic die aktienrechtliche Sonder-

prüfung gemäß Paragraph 118 Aktiengesetz mittels Ferialverfügung – das war nämlich im Sommer – durchgesetzt. Dies halte ich für ein klares Manifest politischer Verantwortung deswegen, weil, meine Damen und Herren, ich rufe in Erinnerung: Im Zusammenhang mit dieser Entscheidung wurde ich von einigen Kolleginnen und Kollegen geradezu verhöhnt.

Mein allzeit geschätzter und lieber Kollege Kurt Flecker hat in einem Interview in der „Kleinen Zeitung“ am 31. Juli 2003 gemeint – ich zitiere wörtlich: „Diese aktienrechtliche Sonderprüfung ist vorrangig formal. So einen Persilschein auszustellen wäre falsch und als taktisches Manöver zu werten!“ – Zitatende. Oder auch die sehr von mir verehrte Frau Klubobfrau Dietrich: Deiner Presseaussendung mit dem Titel „ESTAG-Sonderprüfung für FPÖ ohne Relevanz“ entnehme ich folgenden Wortlaut: „Die Fragestellung sei so angelegt worden, dass als Ergebnis nichts anderes als ein Persilschein für das Energieunternehmen herauskommen könnte!“ Auch mein Langzeit- und Immerfreund Peter Hagenauer von den Grünen spricht in der „Kronenzeitung“ von einem Persilschein und erwartet sich kein brauchbares Ergebnis – 18. Oktober 2003. Die Wahrheit ist, dass eine aktienrechtliche Sonderprüfung gemäß Paragraph 118 das einzige und schärfste Instrument zur Überprüfung der Geschäftsführungstätigkeit des Vorstandes und auch der Kontrolltätigkeit des Aufsichtsrates in einem Unternehmen ist. Nur mit Hilfe dieser Sonderprüfung können die Aktionäre Aufklärung und Klarheit erlangen. Das war der Grund, warum EdF von vornherein zugestimmt hat und mitgegangen ist. Eine Sonderprüfung ist als äußerstes Mittel zu sehen und wird auch selten eingesetzt – dazu bekenne ich mich.

Der nunmehr auch beim Firmenbuch öffentlich aufliegende ESTAG-Sonderprüfungsbericht – ich nehme an, Sie haben ihn alle – ist ein sehr kritischer Befund – alles andere als ein Persilschein, würde ich meinen –, aber auch eine seriöse Sammlung von Fakten und schafft Klarheit über die Vergangenheit, die Gegenwart und gibt auch Aufschluss und Aussagen über Zukunftsaussichten gewisser Situationen, insbesondere der Unternehmensinhalte und deren Führung. Er zeigt auf, dass in sechs Fällen Pflichtverletzungen von Organen – Vorstand und/oder Aufsichtsrat – gemäß Paragraph 84 Aktiengesetz vorliegen, welcher Art diese sind, das ist einmal ein Faktum, wer sie wann begangen hat, das heißt Verantwortung trägt und in welchen Fällen auch wirtschaftliche Schäden entstanden sind, die weiter abgearbeitet und verfolgt werden können hinsichtlich der Frage, ob hier eine gewisse Fahrlässigkeit vorgelegen hat, nämlich in zwei Fällen: Energiepark Donawitz und Steirische Fernwärme Slowakei. Ich könnte es mir sehr einfach machen und würde ganz und gar dem Bild, das wir auch im Sinne von Franz Voves bedauerlicherweise abgeben müssen auf Grund der Entwicklung in der Öffentlichkeit, nämlich zu sagen, naja, fünf von den sechs sind, was den Ursprung der ganzen Geschichten betrifft, nicht in meiner politischen Zuständigkeitsperiode. In einem Fall, nämlich bei dem Anteilskauf bei unserer Wasserkraft, bei der formale Mängel aufgetreten sind, stammt das aus Ende 2002.

Ich sage aber ganz bewusst, ohne dass ich mit ihm jemals Kontakt jetzt gehabt hätte in den letzten Wochen oder Tagen, ich gehe davon aus, denn das ist auch meine Einschätzung und auch so wie ich mit ihm zusammengearbeitet und auch gestritten habe in diesen Zeiten, das kennen Sie ja noch, Landesrat Ressel hat meiner Einschätzung nach seine politische Verantwortung wahrgenommen, sich einerseits nicht unrechtmäßig eingemischt und andererseits, hätte er schon damals von Pflichtverletzungen erfahren, hätte er einen Sonderprüfungsbericht gehabt oder dergleichen, dies auch, so wie wir, hier schonungslos aufgezeigt und verfolgt. Ich möchte in aller Deutlichkeit eines festhalten: Hätten wir – und bitte stellen Sie sich einmal dieses Szenario vor – im Juli 2003 nach dem Verständnis von politischer Verantwortung so mancher Kolleginnen und Kollegen oder auch Kommentatoren gehandelt, nämlich nicht zu prüfen, so würden Sie uns, aber insbesondere mir persönlich heute bei diesem Sonderlandtag zur ESTAG-Frage mit Recht eine Nichtbeachtung meiner rechtlichen Möglichkeit und insbesondere dann auch eine Nichtbeachtung meiner politischen Verantwortung vorwerfen können. Meine Damen und Herren Abgeordnete, auch Sie haben im Hohen Haus diesen schon von mir zitierten Angelobungseid geleistet, dass Sie stets die volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes einhalten werden. Politische Verantwortung kann nicht heißen, dass Rechtsvorschriften nicht eingehalten oder gar überschritten werden. Spielregeln in der Gesellschaft gelten für alle. Daher mein persönlicher Appell an Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, insbesondere auch an jene Mitglieder des zukünftigen Untersuchungs-Ausschusses, seien Sie kritisch, sachlich und hinterfragen Sie alles, was Sie an Fakten interessiert, schützen Sie jedoch Mitarbeiter, Manager und Aufsichtsräte, so sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit und ihrer Möglichkeiten unter Berücksichtigung von Fehlerquellen, denn wir haben es hier mit einem Wirtschaftsunternehmen am Markt, auf vielen Märkten zu tun und da gibt es Geschäftsrisiken, ihre Aufgabe verantwortungsvoll und nicht fahrlässig erfüllt haben. Nun zur Beantwortung der einzelnen Fragen, meine Damen und Herren:

Zur Frage eins: Ja, wenn mich der Vorstand bei einzelnen Geschäftsfällen, wie etwa bei der Akquisition Stadtwerke Kapfenberg – leider schief gegangen –, bedauerlicherweise haben wir uns auch öffentlich dazu geäußert, dass das schlecht war, das war nicht gut für das Land und für das Unternehmen, Stadtwerke Graz – Gott sei Dank erfolgreich, auch wenn jetzt – im Nachhinein ist man dann immer gescheiter – kritisiert, erfolgreich oder bei relevanten Themen auf Bundesebene: Österreichische Stromlösung – die berühmte ÖSL, Regulator schreitet ein. Es gibt Interventionen, kann man nicht helfen, weil es ist ein ganz klares Regelwerk.

Wenn sie mich da gebraucht haben, ist der Vorstand gesamt oder auch einzeln zu mir vorgedrungen und hat um Unterstützung und Intervention für sein Vorhaben, erfolgreich zu sein, gebeten.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen in dem Punkt – und damit beantworte ich auch schon die Frage drei –, dabei ging es nicht um die Beeinflussung von Vorstandsentscheidungen oder Kontrolltätigkeiten des Aufsichtsrates. Die sind autonom und weisungsfrei. Und es kann sich auch kein Vorstand oder ein Aufsichtsrat auf den Aktionär oder den Eigentümervertreter berufen. Dieses möchte ich bitte per Faktum kennen, wo man

dieses machen würde. Diese Entscheidung war stets schon bestehend oder beabsichtigt, wie zum Beispiel die Dividendenausschüttung, wenn das für Finanzfragen zuständige Holding-Vorstandsmitglied Direktor Heinzl zu mir kommt sowie zu meinem Vorgänger als Landesrat, nehme ich auch an, und sagt, bitte sehr, wir haben – das ist üblich, das ist Usus in der Geschäftswelt – im Vorstand unter Absprache im Aufsichtsrat diese Dividendenausschüttung aus der Bilanz 2000, 2001, 2002 vor. Das ist ein Höflichkeitsbesuch. Ich erinnere auch an das eingangs Gesagte.

Zur zweiten Frage: Da die Konzernstrategie und das Beteiligungsengagement ausschließlich Aufgabe des Vorstandes sind – das ist überall so, das ist nicht Aufgabe des Aktionärs, auch nicht Hauptaktionärs –, erübrigt sich diese Frage. Hinsichtlich des wirtschaftlichen Werdeganges verweise ich auf die veröffentlichten Ergebnisse – Geschäftsberichte, allseits publiziert, und Aussendungen und sonstige Publikationen.

Drittens: Hinfällig, auf Grund der Beantwortung von Frage eins und zwei.

Viertens: Die von Ihnen angesprochenen wesentlichen Strukturveränderungen im ESTAG-Bereich, Verschmelzungen, Umwandlungen von AG.s in GesmbH.s, STEWEAG – STEG, Fernwärme – Ferngas, alles bekannt, entsprechen meinen energiewirtschaftlichen und unternehmenspolitischen Überzeugungen. Das braucht niemand kritisieren von außen oder eingreifen, indem er wem zuruft oder sagt, bitte, das ist ein Blödsinn, macht es anders. Diese lassen sich im Übrigen in den Geschäftsberichten und Publikationen, zum Beispiel auf der ESTAG-Homepage, nachvollziehen.

Ein Strategiekonzept habe ich vom Vorstand – ohnedies auf Grund der Diskussionen, die bei uns intern schon stattgefunden haben, auch in der Regierung – angefordert und im Herbst vergangenen Jahres wurde mir die bis zum Jahre 2002 erfolgte Evaluierung einer strategischen Positionierung, einschließlich einer Neuverteilung der Aufgaben, vom neuen Vorstand übermittelt. Dieses Strategiekonzept habe ich auch den Regierungsfractionen weitergeleitet.

Bedauerlicherweise – und das ist einer der wesentlichen Kritikpunkte im aktienrechtlichen Sonderprüfungsbericht – sind diese Arbeiten ab Ende 2002 abgebrochen und nicht weitergeführt beziehungsweise im Sinne der aktienrechtlichen Bestimmungen nicht umgesetzt worden. Im Übrigen ist dieses Versäumnis auch ein wesentlicher Kritikpunkt, wie ich schon erwähnt habe.

Zur fünften Frage: Ich wehre mich im Zusammenhang mit der ESTAG, und jetzt schon zum x-ten Mal und auch öffentlich, auf das Entschiedenste gegen den Begriff „Bilanzmanipulation“. Der Herr Klubobmann der SPÖ ist leider nicht da. (Abg. Gross: „Er ist da, keine Sorge!“) Aha, ist da. Da bitte ich Sie wirklich, darauf Rücksicht zu nehmen, dass es sich dabei um einen ganz klaren und strengen strafrechtlichen Tatbestand handelt gegenüber allen Beteiligungen. Das wären nämlich Vorstände, und zwar auch solche, die nicht mehr im Amt sind, aber die die Verantwortung für diese Zeit tragen, Aufsichtsräte, da gilt dasselbe, und, was eine völlige Katastrophe wäre, wo Sie dann, und das ist das Schlimme, wissen Sie eh, diese Headlines produzieren könnten, Änderung an der Mur, Parmalat-Involviertheit, ich bitte Sie. Der bilanzprüfende Wirtschaftstreuhänder wäre hier mit, nicht nur im Boot, sondern an vorderster Front strafrechtlich belastet.

Der neue Aufsichtsrat – und das waren eben diese dramatischen Tage Ende vergangenen Jahres – hat dies einstimmig und übereinstimmend richtig erkannt und hat gesagt, damit können wir nicht leben, das müssen wir aufklären und hat auch ein Rechtsgutachten eingeholt, wo eindeutig klargestellt wird, dass es keine Bilanzfälschung gibt und in dem festgestellt wird, dass auch keinerlei Schäden für Unternehmer und Aktionäre entstanden sind.

Meine Damen und Herren, Basis einer Gewinnausschüttung und damit Dividendenausschüttung – das gehört zur Frage fünf – an die Aktionäre sind die vom Wirtschaftsprüfer mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Konzernabschlüsse der ESTAG, die vom Vorstand beschlossen und vom Aufsichtsrat genehmigt et cetera – die Prozedur jedes Jahr – worden sind.

Vor der jeweiligen Hauptversammlung, bei der Dividendenausschüttungen von den Aktionären beschlossen wurden, ist die Zustimmung – da kann ich nicht hingehen und sagen, ich hätte das gerne so, ich hätte das gerne so – der Landesregierung als Kollegialorgan einzuholen, auf Punkt und Beistrich. Dies ist sowohl im Jahre 2001 für die Bilanz 2000, die noch aus der vorigen Periode stammt, im Jahre 2002 für die Bilanz 2001 und im Jahre 2003 für die Bilanz 2002 jeweils einstimmig und ohne Wortmeldung, Hinterfragung, Kritik oder sonst irgendetwas erfolgt.

Sechste Frage: Bei den von mir wahrgenommenen drei ordentlichen Hauptversammlungen, wo ich auch persönlich hingegangen bin, was man nicht müsste, man könnte auch eine Vollmacht für jemand anderen, für einen Beamten oder so, ausstellen, sind von den Anwesenden – Vorständen, Aufsichtsräten, Betriebsräten, Vertretern des Mitaktionärs EdF – keinerlei Wortmeldungen zur Konzern- und Beteiligungspolitik erfolgt, was, wenn Sie also Hauptversammlungen kennen, von Publikumsgesellschaften, börsennotierten Gesellschaften, dann haben Sie das dort immer wieder zur Debatte, als sie ohnedies in den Geschäftsberichten dargestellt sind. Dort sind also auch die Strategien ja angesprochen, wobei ich festhalte, dass in der Bilanz, um hier exakt zu sein, für 2000 für die fünfte ordentlichen Hauptversammlung es einen schriftlichen Einwand eines Aufsichtsrates – damit man sieht, das geht, das hat einer gemacht, das war völlig korrekt und richtig – zu Bewertungsfragen gegeben hat. Und das ist dann dabei in den Unterlagen für die Hauptversammlung. Das war auch in der Regierung, im Regierungssitzungsantrag dargestellt und weiter nicht diskutiert und somit sozusagen ad acta gelegt.

Nochmals – zur Frage sieben –, Budget- und Konzernplanung sind eine Kernaufgabe der Konzernleitung in einer Holding. Sonst brauche ich keine Holding, dann mache ich es eh gleich selber. Die Holding ist ja dazu da, und vor allem dort die Vorstandsangelegenheit, und ist vom Aufsichtsrat einzufordern, was meinem Informationsstand nach auch geschehen ist und ohnedies aber auch hier im Sonderprüfungsbericht zu einer Kritik geführt hat und höchstwahrscheinlich auch im Bundesrechnungshofbericht kritisch erwähnt werden wird.

Achtens: Der Sonderprüfbericht stellt sämtliche Akquisitionen detailliert dar – das sind Dutzende – und hält auch fest, dass im Falle Stadtwerke Graz keinerlei Sorgfaltspflichtverletzungen vorliegen. Andererseits ist auch klar, dass zum Großteil über internationale Ausschreibungsverfahren erfolgte Verkaufsprozesse auch zu strategischen Prämien folgen. Die Entscheidung, an diesen Versteigerungsverfahren, an Firmenanteilen oder an Unternehmenskäufen teilzunehmen, liegt ausschließlich bei der Unternehmensführung und hat diesbezüglich weder eine Einflussnahme des Aktionärsvertreters, noch eine detaillierte Information über unternehmensinterne Daten stattgefunden.

Meine Damen und Herren, denken Sie nur an unseren eigenen Veräußerungsvorgang, den wir Ende 1997 hatten, 25,1 Prozent ESTAG-Anteile an die EdF, wo wegen dieses internationalen Versteigerungsverfahrens die EdF ja eine ganz schöne Prämie, strategische Prämie bezahlen musste, sonst hätte sie diesen Anteil nicht gekriegt.

Am „Schock“ Stadtwerke Kapfenberg war dies weniger erfolgreich. Das hat man ja schon auch miterlebt.

Was wäre gewesen, wenn das ESTAG-Anbot bei den Stadtwerken Graz nicht so gut, so hoch und damit das beste gewesen wäre? Ich verweise hier, die Älteren unter Ihnen werden sich noch erinnern an den Anlassfall STEG 1992. Das hat damals nicht funktioniert. Da hat der Verbund die damalige STEWEAG – das war die Vorgängerorganisation der ESTAG – ausgebremst, im wahrsten Sinne des Wortes, in diesem Versteigerungsverfahren und in dem Bieten. Das hat damals im Übrigen mit einer aktienrechtlichen Sonderprüfung geendet und hat auch zur Ablösung des damaligen STEWEAG-Vorstandes geführt.

Dass diese Transaktion transparent, also die Grazer, und sauber abgelaufen ist, liegt nicht nur in der Beurteilung der Grazer Kommunalpolitiker – es haben sich alle schon gemeldet, vom Bürgermeister abwärts, Ferk, Riedler –, sondern wird auch im Rahmen der aktienrechtlichen Sonderprüfung genauestens dargestellt.

Neuntens: Die ESTAG wurde schon vor dem Vorstandswechsel – im vorigen April, Anfang April – im Rahmen eines Rating-Verfahrens umfangreich und eingehendst nach strengsten Prüf- und Beurteilungskriterien untersucht. Darüber hinaus ist auch noch der Landesrechnungshof mehrfach „Gast“ in der ESTAG beziehungsweise bei den Tochterunternehmungen.

Ich stehe dazu, mit der zusätzlichen Bundesrechnungshofprüfung und der aktienrechtlichen Sonderprüfung durch Ernst & Young ist die ESTAG das bestgeprüfte Unternehmen der Welt.

Zehntens: Diese Behauptung ist unrichtig. Die Beteiligung der ESTAG am Containerterminal geht auf das Jahr 2000 zurück und, wie Sie wissen, wurde damals vom Verkehrs- und Beteiligungsreferenten Ing. Hans-Joachim Ressel eingeleitet und von der Steiermärkischen Landesregierung auch genehmigt. Der Beteiligungsfall Therme Ottendorf fällt ebenfalls in diesen Zeitraum. Die Beteiligungen an der Grazer Tiefgaragensgesellschaft – 358.140 Euro Gesellschaftsanteil und bei der Styrian Spirit 350.000 Euro Kommanditanteile – stammen aus dem Geschäftsjahr 2002 und wurden von mir auch im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zur 7. ordentlichen Hauptversammlung ohne Beanstandung und Hinterfragung in der Steiermärkischen Landesregierung im Detail berichtet. Der Befund in der aktienrechtlichen Sonderprüfung fällt übrigens – das passt nicht ganz ins Bild, das weiß ich schon – eindeutig aus. Weder formal noch wirtschaftlich ein Problem und ein Schaden.

Zur Frage elf: Diese Frage ist an die zuständigen Organe der ESTAG zu richten – und wird auch sicherlich im Bundesrechnungshofbericht detailliert auf Grund der Fragestellung, die die Landesregierung gestellt hat, aufgezeigt. Herr Univ.-Prof. Romuald Bertl ist mir persönlich bekannt und ich schätze ihn als exzellenten Fachmann. Der Vollständigkeit halber, das ist natürlich ein Problem in der Darstellung, möchte ich festhalten, dass die Steiermärkische Landesregierung über meinen Antrag bereits vor zwei Jahren einen Wechsel der ESTAG-Wirtschaftsprüfung von KPMG Bertl & Fattinger auf Price Waterhouse Coopers beschlossen hat.

Zur Frage zwölf: Für meine Periode, meine Damen und Herren, im Sinne des bisher Gesagten und vor allem in der Einleitung Dargestellten, ein eindeutiges Ja. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.40 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile Ihnen das Wort, Frau Abgeordnete.

Abg. Lechner-Sonnek (11.40 Uhr): Herr Präsident, werte Frau Landeshauptfrau, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Landtages, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher!

Am liebsten würde ich jetzt ein Zündholz anreißen und fragen: „Ist da jemand?“ Dort, wo die politische Verantwortung für die ESTAG wohnt, wo sie ihren Platz hat, da scheint niemand zu Hause zu sein, da ist es ziemlich finster. Da ist niemand, der sagt, ja, ich habe und trage die politische Verantwortung. Ja, ich habe Fehler gemacht. (Abg. Riebenbauer: „Frau Abgeordnete!“) Lassen Sie mich bitte ausreden. Ja, ich habe Fehler gemacht

und es tut mir Leid. Und dass ich das nicht höre, heißt eigentlich, dass die Sache ESTAG, der Skandal rund um die ESTAG jederzeit wieder passieren kann. Denn unsere politisch Verantwortlichen sehen keinen Anlass anders zu handeln in Zukunft als sie das bisher getan haben. Und das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Landeshauptfrau Klasnic sagt, sie hat vieles nicht gewusst, sie ist nicht zuständig dafür etwas zu wissen. Der Herr Landesrat hat auch nichts gewusst, er ist auch nicht zuständig dafür etwas zu wissen. Wer ist denn eigentlich politisch zuständig dafür, werte Frau Landeshauptfrau und werter Herr Landesrat Paierl? Das könnte uns jetzt wirklich helfen, wenn es hierzu eine klare Aussage von Ihrer Seite geben würde.

Es gibt zwei Möglichkeiten (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich habe eindeutig ja gesagt!“): Sie haben eindeutig ja gesagt und zur gleichen Zeit haben Sie sich von vielem distanziert, wo wir Grüne der Meinung sind, das ist in Ihrer Verantwortung gelegen. Es ist die Möglichkeit im Landtag und der Sinn des Landtages (Abg. Kasic: „Nur weil ihr der Meinung seid, heißt es nicht, dass es stimmt!“), dass ich hier darstellen kann, Herr Kollege Kasic, welcher Meinung ich bin und wie ich die Sache sehe. Wenn Sie das nicht aushalten, sollten Sie sich überlegen, ob Sie hier richtig sitzen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Wenn Ihnen nicht gefällt, was wir Ihnen zu sagen haben, dann haben Sie ein Problem, das sehe ich ein. (Abg. Kasic: „Wenn Sie bei der Wahrheit bleiben, habe ich kein Problem damit!“)

Wir sehen es als unsere Aufgabe, einen Blick auf die Verhältnisse zu richten und das auszusprechen, was Sie gerne aussparen. Das kann ich schon verstehen. Es gibt für mich nur die große Schere: Entweder unsere politisch Verantwortlichen waren über das nicht informiert, was in der ESTAG gelaufen ist und was mittlerweile klargelegt ist als Dinge, die so nicht passieren hätten sollen. Wenn das der Fall ist, haben Sie Ihren Job nicht gemacht, denn dafür hat man politisch Verantwortliche und die haben sich für das Unternehmen zu interessieren, auch wenn Ihnen gar nicht bekannt ist, dass da schon etwas Negatives vorgefallen wäre.

Wenn Sie über diese Vorkommnisse informiert waren und nicht zeitgemäß und angemessen reagiert haben, haben Sie auch Ihren Job nicht gut gemacht. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten sehe ich keine Dritte, meine Damen und Herren. Herr Landesrat Paierl, Sie haben Ihre Desavouierung entschlossener betrieben als all Ihre politischen Gegner. „Ich bin ab jetzt voll politisch verantwortlich“ haben Sie unlängst gesagt. Das zeigt ganz klar, dass es bisher in Ihren Augen so nicht war. Sie sind seit November 2000 – Sie haben es heute selber schon erwähnt – Finanzlandesrat und damit Eigentümervertreter in der ESTAG und haben nicht erst im letzten Sommer die erste Hauptversammlung miterlebt. Aber auch dort haben Sie alles zustimmend zur Kenntnis genommen – Sie haben mir das selber gesagt, das weiß ich aus Ihrem eigenen Mund. Jetzt haben Sie ein Gutachten angefordert, dieses liegt jetzt vor und soll klären, was in Ihren Möglichkeiten stand und was nicht. Ich fürchte, dieses Gutachten haben auch wieder die Steirerinnen und Steirer bezahlen müssen und es ist eigentlich daraufhin ausgerichtet zu zeigen, was Sie alles nicht können. Wenn das so wäre, wenn ich das konsequent weiterdenke, Herr Landesrat, Ihre Behauptung, in einer Aktiengesellschaft kann der Eigentümervertreter ja praktisch nichts bewirken, dann muss ich sagen, war die Entscheidung, die ESTAG zu einer Aktiengesellschaft zu machen, eine falsche Entscheidung. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Diese Entscheidung ist auch hier gefallen, meine Damen und Herren, und die damals politisch Verantwortlichen haben auch dafür die Verantwortung zu tragen. Ich glaube aber ja gar nicht daran, dass man in einer Aktiengesellschaft die Eigentümerinteressen nicht vertreten kann. Das gibt es nicht. Ich denke, Sie haben sich in Ihrer Verantwortung mit einem Minimum zufrieden gegeben, mit einer Formsache, einer jährlichen Hauptversammlung. Es steht, meine Damen und Herren, nirgends geschrieben, dass es nur eine Hauptversammlung im Jahr geben darf. Die Hauptversammlung ist der Ort, an dem der Eigentümervertreter Klartext sprechen kann und Klartext gesprochen einholen kann. Er kann dort die Fragen stellen und er kann dort Antworten verlangen. Wenn er den Wunsch hat Fragen zu stellen, wenn sich ihm neue Fragen gestellt haben, wenn sie an ihn herangetragen worden sind, kann er unverzüglich eine Hauptversammlung einberufen. Das alles ist möglich. Er kann und muss dem Vorstand und in direkter Form dem Aufsichtsrat Dinge abfordern, die zum Wohl des Unternehmens zu tun sind, wie zum Beispiel strategische Planungen. Sie sagen jetzt, Herr Landesrat, habe ich ja eingefordert letzten Herbst. Das war die Jahreszahl 2003. Drei Jahre sind vergangen bis zu dem Zeitpunkt, vom Zeitpunkt der Übernahme Ihrer Verantwortung bis zu dem Zeitpunkt, wo Sie mit dem Aufsichtsrat über strategische Planungen gesprochen haben. Das haben Sie offensichtlich auch hier und heute nicht entkräften können mit dem Hinweis, Sie haben ohnehin strategische Planungen eingefordert. Das Land, und das ist auch noch eine sehr interessante Sache, hat Anteile an der ESTAG an die EdF verkauft vor einigen Jahren. Es wäre auch eine andere Möglichkeit gewesen, als dieses Geld, wie man so schön sagt, im Unternehmen zu belassen. Wenn man den Erlös aus diesem Verkauf für Dinge einsetzen hätte wollen, die im Interesse des Landes sind, hätte man diese Mittel herausnehmen können und hätte sie für Schuldentilgung verwenden können, Herr Kollege. Das wird von Ihrer Fraktion ja immer als ein sehr wichtiges Element angesehen. Man hätte andere wichtige Projekte umsetzen können. Diese Praxis, die hier gewählt wurde, meine Damen und Herren, kenne ich sehr gut aus kleinen EVUs, wo der Bürgermeister gerne Projekte finanzieren lässt, mit denen er nicht gerne in den Gemeinderat geht. Das kenne ich sehr gut. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Und das ist in jedem Fall, ob es das Geld des EVUs ist, über das der Bürgermeister ohne Demokratie-zwischenschaltung verfügt oder wie es hier passiert ist, es ist in jedem Fall öffentliches Geld.

Frau Landeshauptfrau, Ex-Landesrat Hirschmann, der nicht im Bericht vorkommt, ist weg vom Fenster. Als er zum Vorstandsmitglied gemacht worden ist, war keine Qualifikation gefragt. Wir haben verschiedentlich darauf hingewiesen, dass man für diese Funktion auch Qualifikationen braucht und das wäre, Herr Landesrat,

übrigens auch der Augenblick gewesen, wo man sagen hätte müssen, es wäre gut, wenn so jemand Bilanzen lesen kann. Diese Entscheidung ist von vornherein festgestanden. Sie alle wissen es, ja. Sie alle wissen es und es ist von niemandem in der ÖVP widerrufen worden, dass diese Entscheidung schon vorher festgestanden ist. Wie auch von niemandem in der ÖVP widerrufen worden ist, was Herr Landesrat Hirschmann unmittelbar nach seiner Bestellung mitgeteilt hat im Brustton der Überzeugung. Dass nämlich in den 25 Jahren seiner politischen Tätigkeit in der Steiermark noch niemand etwas geworden ist, von dem das nicht vorher festgestanden ist, ungeachtet dessen, ob es da ein Hearing gibt oder nicht. Das lässt tief blicken, Frau Landeshauptfrau. Ich habe auch von Ihnen nicht gehört, dass das nicht der Wahrheit entspricht.

Was ist die Praxis? Sie entscheiden, wer etwas werden soll. Das beste Kopferl, wie Sie sagen, wird von Ihnen ausgesucht. Leute des Vertrauens, hat es Herr Landeshauptfraustellvertreter Voves in der letzten Sitzung genannt. Das ist die Praxis, Leute des Vertrauens werden an eine wichtige Stelle gesetzt und dürfen schalten und walten, wie sie es für richtig halten. Und was kommt dann raus? Es werden Projekte verfolgt, die der ÖVP passen. Das ist eine Möglichkeit, den Selbstbedienungsladen etwas zu vergrößern, den wir schon von den Bedarfszuweisungen kennen und unlängst bei den Mitteln zur Ortserneuerung entdecken haben müssen. Es ist die Möglichkeit Projekte zu sponsern wie die Therme Ottendorf, wo der Bürgermeister von Ottendorf uns Grünen persönlich bestätigt hat, dass es in Ihrem Interesse war, dass es diese Therme gibt und dass Sie das unterstützt haben. Und es werden Projekte und es wurden Projekte gesponsert und gefördert, die anderen Personen, die auch im System ESTAG an ganz entscheidender Stelle sitzen, das Leben versüßen, weil auch Sie selbst Möglichkeiten hatten und Möglichkeiten genutzt haben, sich an diesen Projekten zu beteiligen, als Beispiel die Tiefgarage, als Beispiel Styrian Spirit. Es ist der gleiche Vorgang, wie wir ihn unlängst bei der KAGES festgestellt haben. Die Politik verzichtet auf Planung, denn wenn etwas geplant ist und ausgewiesen ist, dann muss man sich auch messen lassen an den Erfolgen. Die Politik verzichtet auf die Planung und damit auf die Festlegung, was ist eigentlich das Ziel des Unternehmens, was ist im Interesse der Steiermark, dass dieses Unternehmen für uns tut und wie soll der finanzielle Erfolg ausschauen? Die Politik verzichtet auf Planung und damit auf die Sicherung, dass dieses Unternehmen im Interesse der Steirerinnen und Steirer arbeitet. Und das hat für die KAGES gegolten und das gilt jetzt in einem noch viel größeren Ausmaß für die ESTAG. Nicht einmal ein kleiner Haushalt kann es sich leisten so zu arbeiten, meine Damen und Herren. Viele Pensionisten und Pensionistinnen müssen jetzt zu Hause ihre Rechnungen zusammenzählen, hantieren mit Kassazetteln in Zeiten, wo ihnen von Schwarz-Blau überall das Geld weggenommen wird. Und hier werden Mittel ausgegeben, verschwendet, verprasst, die sich in einem Ausmaß befinden, dass wir dafür mindestens zwei Jahre allen Pensionistenhaushalten den Strom freigeben hätten können, schenken hätten können, meine Damen und Herren. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Die politische Verantwortung hat einen Wackelkontakt in der ESTAG oder einen ganz großen Unterschied, eine ganz große Differenz zwischen Macht und Verantwortung. Man lässt es sich nicht nehmen, Personalentscheidungen zu treffen, die ganz offensichtlich nichts mit Qualifikation zu tun haben. Frau Landeshauptfrau, das war zum Beispiel Ihre Verantwortung. Herr Landesrat, man fragt sich weder, wohin die Führungsebenen das Unternehmen führen wollen und sollen noch wie weit sie damit gekommen sind. Frau Landeshauptfrau, man mischt sich ein dann, wenn die Presse Unliebsames berichtet. Zum Beispiel über hohe Gagen oder Palazzo Prozzo, die hohen Umbaukosten, und ordnet dann an, dass das jetzt aber zu ändern ist. Und, Frau Landeshauptfrau, man appelliert an das gute Benehmen und lässt eine lange Liste an zeitgemäßen Führungsregeln beschließen. Was haben wir hier im Hause nicht schon beschlossen, Charta hier und Charta dort, und wir alle wissen, wie viel davon zu halten ist und dass das keine Ebene ist, die wirklich die Personen, die agieren, festnagelt und wirklich an die Einhaltung von Regeln bindet. Es ist ein Schalter, mit dem hier umgeschaltet wird, wann man sich zuständig fühlt und eingreift und wann man sich nicht zuständig fühlt. Und man schaltet hin und her wie es im eigenen Interesse liegt.

Sehr geehrter Frau Landeshauptfrau! Es ist mir ganz wichtig festzuhalten, es geht hier nicht um eine Familie. Sie sprechen immer davon, die Familie Steiermark, die Familie ESTAG, gestern war es die Familie ÖVP. Es geht um ein Unternehmen, das dem Land gehört, das den Steirerinnen und Steirern gehört und diese haben ein Recht darauf, dass es in ihrem Interesse arbeitet, und nicht im Interesse der ÖVP und ihrer Vertreter. (Beifall bei den Grünen.)

Und es geht auch nicht darum, wer der Freund und wer der Feind ist. Es geht um Ihre Verantwortung als Mitglied und als Leiterin der Landesregierung.

Ich möchte auch noch etwas zu dieser Politik der Gefühle sagen. Sie, Frau Landeshauptfrau, greifen gerne auf diesen Bereich zurück um zu zeigen, wie engagiert Sie sich für das Land einsetzen und dass ohnehin alles bei Ihnen in besten Händen ist. (Abg. Straßberger: „Bezweifeln Sie das vielleicht?“)

Ich brauche keine Person, die sich als Landesmutter inszeniert. Das brauchen wir nicht. Wir brauchen in der Steiermark eine Landeshauptfrau oder einen Landeshauptmann, die oder der ihren/seinen Job tut und darauf achtet, dass die Dinge ordentlich abgewickelt werden. Und es handelt sich hier ungeachtet der Zahl der Kinder, die alle Betroffenen hier im Raum haben, nicht um ein Plauscherl zwischen zwei Müttern (Abg. Straßberger: „Sehr tief, Frau Klubobfrau!“), Frau Landeshauptfrau, was jetzt gerade läuft, sondern es geht um die seriöse und gute Arbeit einer Landesregierung und die seriöse und gute Arbeit des Landtages. Und wenn Sie das als sehr tief empfinden (Abg. Straßberger: „Ihre Bemerkung war mehr als tief, nehmen Sie das zur Kenntnis!“) und bezeichnen, dann lässt das einen deutlichen und guten Blick darauf zu, wie die ÖVP Vernebelungsstrategien entwickelt hat um abzulenken davon, was hier nicht gelungen ist, Herr Kollege. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Der Hinweis auf Gefühle hat für mich in einer solchen Sache überhaupt keinen Platz. Hier sind die Regeln ganz klar und hier ist ganz klar, dass jemand Verantwortung hat, aber sie nicht immer wahrgenommen hat. Nur dann, wenn es möglich war, nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Wir alle hier im Landtag und in der Landesregierung müssen daran arbeiten, dass diese Verhältnisse sich ändern, meine Damen und Herren. Die Steirerinnen und Steirer haben ein Interesse und ein Recht darauf, dass die ESTAG in ihrem Interesse arbeitet und dass es Energiepolitik gibt, die für dieses Land nachhaltig in die richtige Richtung geht. Die Menschen haben ein Recht auf politisch Verantwortliche, die ihre Zuständigkeit nicht ein- und ausschalten nach Belieben und wie es ihnen gefällt. Und sie haben ein Recht auf politische Verhältnisse, in denen Planungen, eine offene Debatte, ein offener Diskurs und vor allem Transparenz einen wichtigen Platz haben und einen hohen Stellenwert. Ich bin sehr froh, dass es hier und heute zu diesem Untersuchungs-Ausschuss kommt, der die Vorgänge – so hoffe ich doch – genauestens beleuchten und feststellen wird, was die politisch Verantwortlichen getan und was sie verabsäumt haben. Und was mir noch sehr wichtig ist, er wird – und da bin ich mir ganz sicher – Grundlagen dafür liefern, dass wir endlich hier zu einem Systemwechsel kommen. Das System Steiermark, bestehend vor allem aus ÖVP-Proporzfilz und ÖVP-Vorteilen muss endlich ein Ende haben. (Beifall bei den Grünen.)

Die Steiermark hat ein Recht auf zeitgemäße Politik und daran werden wir arbeiten. Ich hoffe, der Untersuchungs-Ausschuss wird hervorragende Grundlagen dafür liefern. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 11.58 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Mag. Drexler. Herr Klubobmann, Sie sind am Wort.

Abg. Mag. Drexler (11.58 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Ich darf vielleicht gleich ganz kurz, weil die Überleitung so schön ist, bei Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek anschließen. Sie haben gesagt und dem kann ich mich 100-prozentig anschließen, die Steiermark hat ein Recht auf zeitgemäße Politik. Am 15. Oktober 2000 haben 47,3 Prozent der Wählerinnen und Wähler mit der zeitgemäßen Politik für die Steiermark eine Person und eine Partei verbunden: Landeshauptmann Waltraud Klasnic. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Böhmer: „Das ist Geschichte!“)

Dieses Faktum ist es ja, das all die Inszenierungen auch in dieser Debatte natürlich begleitet, Ihr mangelndes Zurandekommen mit diesem Faktum. Wir brauchen keine Hinweise, Herr Kollege Kröpfl, wer Verantwortung hat oder von Verantwortung für das Land spricht. (Abg. Böhmer: „Kindisch!“)

Wenn Sie unserer Frau Landeshauptmann zuhören würden, von Anfragebeantwortung zu Anfragebeantwortung, von Rede zu Rede in diesem Hohen Haus, wenn Sie sich der Mühe unterziehen würden, einmal genauer die Politik von Landeshauptmann Waltraud Klasnic und ihrem Team und damit die erfolgreiche Politik für dieses Land anzusehen, dann gäbe es keine Diskussionen mehr darüber, wer Verantwortung in diesem Land trägt. Gott sei Dank ist das so und Gott sei Dank nimmt Waltraud Klasnic Verantwortung für dieses Land wahr. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Mir kommen die Tränen!“)

Nebenbei bemerkt: Welch wohltuender Unterschied zu der beinahe ins Peinliche abgleitenden Unzuständigkeitsinszenierung ihres ersten Stellvertreters, auf das ich noch zu sprechen kommen werde. Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Herbert Paieryl haben natürlich auch in dieser Frage und in dieser Debatte Verantwortung übernommen. Wer hat denn die Schritte der Offensive gesetzt? Wer hat die Überprüfung durch den Bundesrechnungshof inszeniert? Wer hat die aktienrechtliche Sonderprüfung inszeniert? (Abg. Hagenauer: „Hirschmann!“) Darauf werde ich aber auch noch zu sprechen kommen. Es ist so, dass im Sommer die Debatte aufgetaucht ist und von Anfang an von Waltraud Klasnic und Herbert Paieryl die Offensive verfolgt worden ist. Da wird von Vertuschen gesprochen, wie auch letzte Woche von Vertuschen gesprochen worden ist. (Abg. Kröpfl: „War ja so!“) Um Himmels willen, was denn mehr als eine Überprüfung durch den Bundesrechnungshof kann es an Aufklärung in der Republik geben? Sogar der geschätzte Kollege Hagenauer wird der Meinung sein, dass der Bundesrechnungshof jene Institution ist, die die höchste Wertschätzung in dieser Republik für die Aufklärung genießt. Oder ist der Bundesrechnungshof ein Helfershelfer bei der Vertuschungsaktion der in Machtrausch verfallenen steirischen Volkspartei? Wohl eher nicht. Der Bundesrechnungshof ist jene Institution, die für Aufklärung verantwortlich ist – Herbert Paieryl hat es in seiner Anfragebeantwortung heute bereits gesagt. Was ist da über diese so genannte aktienrechtliche Sonderprüfung gelästert worden. Was ist da behauptet worden, dass das eigentlich nichts ist und ein geschicktes Ablenkungsmanöver gegipfelt im Chor derer, die einen Persilschein darin vermutet haben. Meine Damen und Herren, das ist der Persilschein, der heute in den Begründungen für die Dringlichen Anfragen genannt wurde, der in Begründungen für den Untersuchungs-Ausschuss genannt wurde? Man kann sich nur wünschen, wenn das ein Persilschein ist, dass die Waschmittelindustrie in der Forschung Fortschritte unternommen hat und Waschmittel eine andere reinigende Wirkung haben als das, was hier sozusagen drinnen steht. Wenn jetzt behauptet wird, wir hätten ein Ablenkungsmanöver inszeniert mit der Tatsache, dass wir dem Landeshauptmannstellvertreter Voves auch ein paar Fragen gestellt haben über seine Verantwortung und über die Verantwortung prominenter Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in diesem Land, in diesem Konzern und im Umfeld dieses Konzerns, dann frage ich Sie, das ist ein Ablenkungsmanöver? Da scheint es mir schon eher ein Ablenkungsmanöver zu sein, was hier insgesamt inszeniert wird. Bei all der Sorge, die plötzlich im Land aufkommt über die innere Befindlichkeit der steirischen Volkspartei, muss ich Ihnen eines sagen: Die zerrütteten Verhältnisse, wie es die steirische Sozialdemokratie seit Jahren kennt, die haben wir nicht. Hier richten sich die Regierungsmitglieder nicht untereinander aus, wer wann vor der Tür zu sitzen hat, wer

wann welche Wahlergebnisse einzufahren hat, damit man doch noch dabeibleiben kann. Wenn es eine Partei in diesem Lande gibt, dann ist es die steirische Sozialdemokratie, und niemals die steirische Volkspartei. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist sehr schade, dass die Inszenierung der permanenten Unzuständigkeit von Franz Voves auch darin wieder ihre Fortsetzung findet, jetzt schaue ich in die Winkeln, damit ich nichts Falsches sage, dass er auch bei dieser Debatte natürlich wieder nicht da ist. (Abg. Gross: „Er gibt draußen ein Fernsehinterview!“) Aber der Landtag ist hier herinnen. Frau Kollegin, das war ein Superzwischenruf. Ich danke für den Hinweis. (Abg. Gross: „Der Herr Klubobmann hört zu!“ – Präsident: „Am Wort ist Herr Abgeordneter Mag. Drexler!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter gibt gelegentlich Fernsehinterviews, auf die ich noch zu sprechen komme. Wenn man aber hier einen Sonderlandtag beantragt, wenn man seit Tagen behauptet, dass das überhaupt das größte Thema in der Geschichte der Zweiten Republik in der Steiermark ist, und dann gibt man ein Fernsehinterview, anstatt der Debatte dieser kleinen Abgeordneten folgt, dann sage ich herzlichen Dank. Zu dieser Unzuständigkeitsinszenierung – vielleicht können Sie das dann Herrn Landeshauptmannstellvertreter ausrichten, wenn er vom Fernsehinterview zurückkommt. Wenn ich nach der Geschäftsverteilung gehe, ist der Landeshauptmannstellvertreter möglicherweise nicht zuständig. Wissen Sie, wenn man nach der Geschäftsverteilung geht, dann ist der Landeshauptmannstellvertreter Voves fast nie zuständig. Das liegt nämlich daran, dass er von seinem Amtsvorgänger so eine Art „Gleitpensionsressort“ übernommen hat, das für einen Gleitpensionisten passt, aber für jemanden, der sich jetzt voll und ganz in die Landespolitik einbringen will, möglicherweise nicht gut ist, was die formale Zuständigkeit betrifft. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass sich die SPÖ insgesamt als unzuständig oder als unbeteiligt bei politischen Debatten im Lande bezeichnen will. Es ist zwar so, dass die Meinungen, die dargeboten werden, insbesondere auch jene des Franz Voves, wenn man sich das anschaut, diese so genannte Linie, die hier seit Sommer vertreten worden ist, dann sage ich Ihnen eines, gegen die Linie des Franz Voves in der ESTAG-Frage ist die Großglockner Hochalpenstraße die kürzeste Entfernung zwischen zwei Punkten, nämlich eine Gerade. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist auch sehr interessant, dass vor dem Hintergrund der internen Zerwürfnisse der steirischen Sozialdemokratie in dieser Linie im Endeffekt sich Kurt Flecker durchgesetzt hat. (Abg. Kaufmann: „Halten Sie jetzt einen Vortrag über die Sozialdemokratie oder geht es um die ESTAG?“) Ich habe mir noch einmal ein Interview vom 7. Juli im Fernsehen angeschaut und da waren die Positionen vertauscht. Das ist höchst amüsant. Das, was heute von Franz Voves oder in den letzten Tagen, „hätte so gehandelt wie Hirschmann, ich fordere die politische Verantwortung ein, wo ist der Eigentümervertreter gewesen“, gekommen ist, waren Kurt-Flecker-Punkte im Juli, nicht Franz-Voves-Punkte im Juli. Das heißt, hier ist manches im Fluss – ein beliebtes Zitat in den letzten Tagen. Ich glaube daher schon, dass es legitim ist, fernab aller formalen Zuständigkeiten, wir können das, was zu Recht die Steirerinnen und Steirer und was zu Recht auch in diesem Haus eingefordert wird, nämlich ein verantwortlicher Umgang mit den wesentlichen Themen des Landes, ein verantwortlicher Umgang, wie ihn unsere Frau Landeshauptmann seit ihrem Amtsantritt unter Beweis stellt, auch von den politischen Mitbewerbern vor allem dann, wenn sie die zweitgrößten Mitbewerber sind, erwarten. Und insofern ist es nicht nur legitim, sondern es ist notwendig, die Verantwortung sozialdemokratischer Funktionäre, die Verantwortung sozialdemokratischer Mitglieder in den einzelnen Organen der ESTAG sehr genau zu untersuchen und sich zu überlegen, wer denn eigentlich eher einen Nahebezug zu dem Konzern und möglicherweise auch zu Ungereimtheiten in dem Konzern hat. Denn das Einzige, was sich seit 1998 in der ESTAG durchzieht, ist ein roter Faden prominenter sozialdemokratischer Funktionäre in leitenden Funktionen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ja auch diese Debatte nicht ohne das übliche Vokabular bisher auskommen konnte, vom Machtrausch der ÖVP und von den furchtbaren Zuständen, dem schwarzen Filz und all diesen Dingen, zuerst einmal ganz kurz ein Hinweis, jetzt passt es vielleicht einmal, die Vertreter der steirischen Sozialdemokratie reden in letzter Zeit sehr oft davon, dass die steirische Volkspartei 48 Prozent der Stimmen und 100 Prozent der Funktionen in diesem Land haben will. Das ist sehr nett, möglicherweise auch eine Prophezeiung für das Jahr 2005, aber wir haben nur 47,3 Prozent der Stimmen gehabt, nicht 48. (Abg. Kröpfl: „Ein Rundungsfehler!“) Vielleicht runden Sie so, aber dann runden Sie zu unseren Gunsten und vielleicht wird es ja dann auch beim nächsten Mal so sein.

Aber zum Machtrausch zurück: Ist es Machtrausch? Ist es Machtrausch der SP – (Abg. Kröpfl: „Der SPÖ?“) der ÖVP? Naja, sollte das ein Freud'scher Versprecher gewesen sein, das kann gut sein, weil ich habe den Machtrausch der SPÖ auch gelegentlich erlebt. Und manchmal soll das ja auch heutzutage noch vorkommen. Aber die Kritik an der ÖVP bezüglich Machtrausch, da frage ich jetzt schon einmal all jene, die das dann auch gerne aufnehmen und zitieren, was soll denn das für ein Machtrausch sein, wenn wir 27 von 56 Abgeordneten haben? Was soll denn das für ein Machtrausch sein, wenn wir hier allein – bitte schön – nichts bestimmen können? Was soll denn das für ein Machtrausch sein, wenn alle drei anderen Parteien zu Recht einen Sonderlandtag einfordern? Ja, vielleicht hätten wir beim Sonderlandtag auch mitgemacht? Wo gibt es da Gespräche mit der steirischen Volkspartei oder ihrem Landtagsklub? Was soll denn das für ein Machtrausch sein, wenn wir selbstverständlich diesen Untersuchungs-Ausschuss mittragen? Ja, wir haben nicht im Vorfeld des Sonderlandtages schon damit herumgewachelt, dass wir jetzt – ha – als ganz große demokratische Neuerung einen Untersuchungs-Ausschuss einfordern wollen. Nein, aber wir tragen ihn selbstverständlich mit. Wir tragen ihn mit, obwohl wir beispielsweise eine andere Vorstellung, was die Zusammensetzung des Untersuchungs-Ausschusses betroffen hätte, gehabt haben, weil wir davon ausgegangen sind, er soll sechs-vier-zwei-eins zusammengesetzt sein, wie auch alle anderen Ausschüsse hier im Haus. Aber gut, soll es vier-drei-zwei-eins sein. Ich hoffe nur, dass all jene, die uns Machtrausch vorwerfen, soweit mathematisch fit sind, dass sie erkennen, wenn wir vier-drei-

zwei-eins eine Verteilung haben statt sechs-vier-zwei-eins, wir im Verhältnis auf sie zu verzichten, wir im Verhältnis auf Mitglieder verzichten. Wir tragen das mit und wir werden den Beschluss über die Einsetzung des Untersuchungs-Ausschusses natürlich mit beschließen, weil wir in der Sache Interesse haben, Licht ins Dunkel dieser ganzen Vorwürfe und der möglichen Ungereimtheiten zu bekommen. Denn das zeichnet unsere Linie von Beginn dieser Diskussion aus. Ich wiederhole es, weil es so wichtig ist. Und wenn man sich die Wortmeldung der Frau Kollegin Lechner-Sonnek vorhin angehört hat, hat man den Eindruck gehabt, es haben die letzten Monate hier nicht stattgefunden in diesem Land. Ich wiederhole es, wer hat den Rechnungshof ins Spiel gebracht? Wer hat die Bundesrechnungshofprüfung inszeniert? (Abg. Mag. Zitz: „Inszeniert ist das falsche Wort!“) Wer hat die aktienrechtliche Sonderprüfung aufs Tablett gebracht? (Abg. Kröpfl: „Wer?“) Waltraud Klasnic und Herbert Paieryl! Und daher wollen wir natürlich in konsequenter Verfolgung dieser Linie auch im Untersuchungs-Ausschuss an der Aufklärung der Sache mitwirken, an der Aufklärung der Sache mitwirken im Interesse der Steirerinnen und Steirer und damit im Interesse des Landes Steiermark. Denn es wäre eigentlich – und es ist schade, dass so vieles, was in diesem Land an politischer Debatte passiert – offensichtlich, und es ist heute in irgendeinem Nebensatz ja schon herausgekommen, offensichtlich natürlich alles vor dem Hintergrund zu sehen ist, dass wir Ende 2005 oder im Herbst 2005 auch wieder Landtagswahlen haben. Und Sie lassen nichts unversucht, die erfolgreiche Politik, die in dem Land gemacht wird, nach Möglichkeit schlecht zu machen. (Landesrat Mag. Erlitz: „Es ist ja nichts passiert, außer dass drei Vorstände gegangen sind!“) Damit können wir leben, weil wir das gewohnt sind. Wir lassen uns dadurch nicht über Gebühr irritieren. Es wird unser Regierungsteam und es wird Waltraud Klasnic an der Spitze und auch unsere Landtagsmannschaft hier unverdrossen an der Verfolgung eines erfolgreichen und guten Weges für dieses Land weiter fortführen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil der Zwischenruf gekommen ist: „Es ist ja nichts passiert!“ (Landesrat Mag. Erlitz: „Drei Vorstände sind gegangen!“) Wir haben hier nicht gesagt, „es ist nichts passiert“, ganz im Gegenteil. Es wird ja der Eindruck durch die Dringlichen Anfragen erweckt, als wäre nichts geschehen, es hätte niemand verantwortungsvolle Politik gezeichnet. (Abg. Kröpfl: „Es ist nur keiner zuständig!“ – Landesrat Dr. Flecker: „Ist das erfolgreiche Politik?“) Ja, es ist etwas geschehen. Danke für den Hinweis. Herzlichen Dank für den Hinweis. Das ist außerordentlich erfolgreiche Politik, Herr Dr. Flecker. Sie waren leider draußen. Ich habe Ihnen gerade gratuliert, dass Sie sich durchgesetzt haben innerhalb der steirischen Sozialdemokratie, weil Sie am 7. Juli schon dieser Meinung waren, die heute auch Ihr Parteivorsitzender vorgetragen hat und in den vergangenen Tagen vorgetragen hat. Mithin scheinen auch manche anderen Fragen innerhalb der SPÖ beantwortet zu sein. Aber wenn Sie glauben, es ist keine erfolgreiche Politik in den letzten Monaten passiert, dann kann ich Sie in dem Glauben wahrscheinlich nicht erschüttern. Ich kann Ihnen aber durchaus sagen, dass es so ist, weil noch einmal hier die Verantwortung natürlich wahrgenommen worden ist und wir erst durch diese – jetzt haben wir erst einen Teil der Prüfungsergebnisse, der Rechnungshofbericht kommt ja noch, er wird dann auch in den Untersuchungs-Ausschuss wohl Eingang finden – durch diese Initiativen ist eben Aufklärung in die behaupteten Missstände gebracht worden und ist eben Aufklärung passiert. Das ist eine erfolgreiche Linie gewesen und das ist eine klare Linie gewesen im Unterschied zu manch anderen Linien, wie ich noch einmal sagen darf, die hier passiert sind. Und wissen Sie, weil Sie mit Sicherheit, es ist ja schon ein wenig versucht worden, mit Sicherheit auch heute hier noch versuchen werden, noch einmal zu sagen, wie irritiert die steirische Volkspartei ist und so weiter. Ich kann Ihnen sagen, die steirische Volkspartei macht mir heute hier keinen irritierten Eindruck. Wir werden dieses Thema genauso konsequent behandeln wie jedes andere. Und wenn man glaubt, dass man hier jetzt eine Krise inszenieren kann, wenn man glaubt, dass man hier jetzt Spaltungen inszenieren kann, dann werden Sie sich täuschen. Dann werden Sie sich täuschen. Wir sind Gott sei Dank auf einem sehr guten Weg. Und wir werden diesen sehr guten Weg mit Sicherheit auch weiter fortsetzen. Wir werden daher heute diesem Untersuchungs-Ausschuss zustimmen und wir werden dort penibel und genau die Verantwortung aller politischen Kräfte in diesem Land zu untersuchen haben. Dann werden wir im Endeffekt mit Sicherheit auch dieses Kapitel der steirischen Landespolitik zu einem positiven Ende bringen im Interesse des Landes. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 12.16 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (12.16 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Herren Landeshauptmannstellvertreter! Sehr verehrte Mitglieder der steirischen Landesregierung! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Zuhörer im Zuhörerraum!

Wenn man dem Kollegen Drexler folgt und ein Resümee daraus zieht, kann man sagen, eigentlich ist nichts passiert, alles in Ordnung, keiner kann etwas dafür. So könnte man alles auf drei Sätze eigentlich reduzieren. Ich sehe das aber nicht so. Sie kennen wahrscheinlich alle den Hiob aus der Bibel, die Hiobsbotschaft. Wir wissen alle, der hat eine schlechte Nachricht überbracht. Dafür wurde er bestraft. Wir kennen die Cassandra. (Abg. Genaro: „Jetzt wird es gefährlich!“) Jetzt wird es gefährlich. Eine ungehörte Warnerin in Troja. Ein ungehörter Warner in der ÖVP war Ex-Landesrat und jetzt suspendierte Vorstandsdirektor Dr. Hirschmann. Auch er hat seine Strafe bekommen: Er wurde fallen gelassen wie eine warme Kartoffel. Wenn man den Zeitungen glaubt, und ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, hat sich Dr. Hirschmann an Sie, Frau Landeshauptmann, und an dich, Herr Landesrat Paieryl, gewandt und hat darauf hingewiesen, welche Vorgänge es in der ESTAG in den letzten Jahren gegeben hat. Wenn man wieder glaubt, was in den Zeitungen steht, dann hast du zu ihm gesagt, so quasi „lerne die Bilanzen lesen“, reduziert auf das, was du wahrscheinlich noch gesagt hast. Ich weiß nicht, ob das das richtige Verhalten des Eigentümerversprechers ist, der 75 Prozent minus eine Aktie hält und steirisches Ver-

mögen zu verwalten hat. Wenn ein maßgebliches Mitglied des Vorstandes aufzeigt, dass es in diesem Unternehmen Missstände gibt, dann hätte man früher darauf achten müssen. Jetzt tut man so, als könne niemand etwas dafür und man versteckt sich hinter rein rechtlichen Belangen. Das war auch so in deiner Wortmeldung, lieber Herr Kollege Paieryl. Du hast eigentlich alle müde geredet, hast dich im Endeffekt hinter dem Gesetz versteckt und hast gemeint, dass du im Endeffekt nichts dagegen machen kannst, wenn hier Vorstände scheinbar den falschen geschäftlichen Weg gegangen sind. Das kann nicht wahr sein, dass du dabei zugeschaut hast. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Wir sind fernab davon, ich und meine ganze Fraktion, dass wir im Vorstand des Gerhard-Hirschmann-Fan- und-Bewunderungsklubs sitzen. Dort sind wir sicherlich nicht dabei. (Abg. Mag. Drexler: „Beim Fischerklub!“) Wir haben einige Sträube mit ihm ausgefochten. Es war nicht immer leicht, aber eines muss ich schon sagen: Wie ihr den Master of Events nach Hause geschickt habt, das ist ein starkes Stück. Es gibt Leute, die noch vor einem Jahr hier gestanden sind und gesagt haben, unser bester Landesrat, unser Vordenker und was er alles gemacht hat. Jetzt auf einmal schickt man ihn in die Wüste. Wie ihr mit dem Master of Events umgeht, das ist – wie schon gesagt – ein starkes Stück. (Beifall bei der FPÖ.)

Dafür hat man einen anderen Master geholt. (Abg. Gödl: „Heuchelei!“) Über Heuchlerei, lieber Kollege Gödl, haben wir schon das letzte Mal gesprochen. Lese im Protokoll meiner Kollegin Graf nach, was sie über Heuchlerei gesprochen hat – ich kann das nur unterstreichen. Man hat den anderen Master geholt. Der Master of Disaster wurde er genannt. (Abg. Schrittwieser: „Was mir zu Hirschmann einfällt, ist, solange ich ihn brauche halte ich ihn hoch, wenn ich ihn nicht mehr brauche, lasse ich ihn runterfallen!“) Ich bin aber jetzt beim Master of Disaster, Dr. Ditz. Er wurde geholt, um dem Aufsichtsrat vorzustehen. Ich danke Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, dass er damals dagegengestimmt hat, weil so ein bekannter Wunderwutzi ist er ja auch nicht unbedingt. Das haben wir bis dato in seiner beruflichen Karriere gesehen. Eines ist auch interessant, und zwar das Interview des Herrn Bundeskanzlers Schüssel, der gesagt hat: „Hirschmann hatte die Spielregeln der Wirtschaft gekannt.“ Wie lauten denn die Spielregeln in der Wirtschaft? Wie sind denn die Spielregeln in der ESTAG? Verdecken, zuschauen und kassieren? Ich glaube, dass 18.000 Euro im Monat sicherlich ein schönes Schmerzensgeld sind, aber manche spielen bei diesem Schmerzensgeld nicht mit. Wenn wir jetzt über den Aufsichtsrat reden, dann war er noch nie so politisch besetzt wie zurzeit. So etwas hat es ja noch nie gegeben. Und hier darf ich euch, liebe Freunde von der SPÖ, auch nicht herausnehmen. So politisch besetzt war er noch nie. Ein ÖVP-Minister Aufsichtsratsvorsitzender, ein ehemaliger SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter dessen Stellvertreter. (Abg. Gennaro: „Der Paieryl ist ein blauer Landesrat, pass auf was du sagst!“) Da hat er schon alles gesagt dazu. Herr Landeshauptmannstellvertreter und SPÖ-Vorsitzender damals, jetzt sogar im Vorstand mit ihm. So politisch besetzt, wie die ESTAG momentan ist, so etwas hat es noch nie gegeben. (Abg. Kröpfel: „Früher war es zwei zu eins, jetzt ist es eins zu eins!“) Es ist ein Trauerspiel der ÖVP und SPÖ hier in diesem Land bei der ESTAG. Bei aller Liebe, liebe Freunde der SPÖ, ihr könnt euch aus dem Spiel nicht rausnehmen. Ihr habt in der letzten Periode den Eigentümervertreter gestellt, ihr habt im Aufsichtsrat den Vorsitz beziehungsweise den Stellvertreter gestellt, ihr seid im Vorstand gewesen, ihr seid überall mit dabei gewesen. Wie in der Werbung – Soletti immer mit dabei. (Beifall bei der FPÖ.)

So kann man das nicht von sich wegschieben. Es ist leider eine steirische Dramaturgie in dem Bereich, wie hier mit dem Eigentum der Steirer umgegangen wird. Wenn man diesen Bericht – ich habe ihn gestern bekommen und studiert – durchliest, dann meine ich, die Romane von Agatha Christie sind in vielen Bereichen nicht so spannend wie das, was in diesem Bericht drinnen steht. Es ist zu diesem Bericht noch einiges aufzuklären, weil es fehlen sehr viele Bereiche dabei. Allein das, was drinnen steht, auch im Resümee zusammengefasst, birgt schon einigen Sprengstoff in sich und daher ist es unbedingt notwendig, diesen Untersuchungs-Ausschuss heute einzusetzen und ihn bald an die Arbeit zu schicken. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Neben diesem personellen Problem in der ESTAG sehe ich eine andere Gefahr, die hier auftaucht. (Abg. Detlef Gruber: „Übrigens, der Abgeordnete Drexler gibt gerade ein Interview!“) Überall steht drinnen, dass es ein Netzwerk quer durch die Steiermark gibt. Auch wenn jetzt gesagt wird, es gibt kein Netzwerk und es ist alles zufällig. Wenn man diesen Bericht liest, wenn man diverse Meldungen hört, Zahlen, Firmenkonstruktionen sieht, dann gibt es scheinbar dieses Netzwerk, und zwar ein Netzwerk an Personen, die sich öffentlicher Betriebe bedienen haben. Man trifft immer wieder auf dieselben Namen, man trifft immer wieder auf dieselben Firmen. Und gerade das sind jene „Bereiche“, meine sehr verehrten Damen und Herren, die wir in diesem Untersuchungs-Ausschuss zu klären haben. Es gibt viele Fragen: Wer wurde immer wieder beauftragt als Wirtschaftsprüfer? Wer war immer wieder der Bewerter? Warum waren immer wieder die gleichen Anwälte, die das Ganze abgeführt haben? Diese Zufälle kann es auf die Dauer nicht gegeben haben. Da muss ja ein System dahinterstecken. Dieses System, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört im Endeffekt einmal aufgeklärt. (Beifall bei der FPÖ.)

Herr Kollege Drexler, der scheinbar gerade auch ein Interview gibt, obwohl es früher geheißen hat, beide Kameras des ORF stehen da, wahrscheinlich ist jetzt das ÖVP-Fernsehen da, früher war das SPÖ-Fernsehen da, hat vorher gesagt, die ÖVP ist nicht in der Krise. Wenn ich mir diverse Leserbriefe anschau, wenn ich die Stimmung beobachte und wenn ich mir das alles anhöre, dann frage ich Sie, wann sind Sie denn dann in der Krise wenn nicht jetzt? Jetzt sind wir ganz schön in der Krise, liebe Freunde. Hier beginnt scheinbar eine Zentrifuge zu laufen, in der Mitte steht Frau Landeshauptmann, die versucht, das alles zuzudecken – manches Mal kann sie einem fast Leid tun dabei –, und außen herum sind Kräfte am Werk, die scheinbar die größten Probleme für diese Partei bringen. Es passiert wie bei einem Kochtopf, liebe Freude. (Abg. Graf: „Kelomat!“) Wie bei einem Kelomat. Wir wissen, wenn wir einen Kelomat überhitzen, was dann im Endeffekt passiert. Für mich ist diese ÖVP in einer schweren innerparteilichen Krise. Wenn es hier einen kleinen Hinweis gäbe, dass es wieder einen Kritiker in der

FPÖ zu einer Maßnahme gibt, die Herr Landeshauptmannstellvertreter oder irgendwer trifft, dann würde es heißen, furchtbar. Aber hier wird zugedeckt, liebe Freunde? Die ÖVP ist in einer veritablen Krise und das ist nicht gut für dieses Land und das ist nicht gut für die Gesellschaft, über die wir heute sprechen. (Abg. Tasch: „Es gibt Leute, die übertreten!“) Ja, Kurtl, ich wünsche dir alles Gute mit den Übertretern. Wir haben ja einen Übertreter, der zwar kein Übertreter ist, gehabt, weil er war nie bei uns Mitglied. Der war dann Bezirkshauptmann und seitdem er bei euch Mitglied ist, haben wir gesehen, was er draußen aufführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für uns ist dieser Antrag des Untersuchungs-Ausschusses jetzt ein akzeptabler. Er stellt zwar nicht ganz, aber doch die Mehrheitsverhältnisse in diesem Land dar, auch wenn es der Kollege Drexler ein bisschen anders sieht. Es ist wichtig, dass wir grob formuliert haben, worum soll es im Prüfungsauftrag gehen. Und ich glaube, es ist notwendig, hier sachlich, fachlich, nüchtern all die Probleme an das Tageslicht zu bringen, die scheinbar in den letzten Jahren in der ESTAG aufgebaut wurden. Und die waren ja nicht so wenige. Wenn man die ganzen Käufe anschaut, wenn man die ganzen Verkäufe anschaut, bei denen, wenn es konkret wird, wenn es um Zahlen gehen sollte, auch der Bericht von Ernst & Young schweigt. Und hier ist es notwendig, weiter in die Tiefe zu gehen. Hier ist es notwendig, genau zu schauen, wie waren wirklich die Geldflüsse? Was ist wirklich mit den 406 Millionen passiert, die der Verkauf an die EdF gebracht hat? Wie waren die Bewertungen der einzelnen Firmen, die gekauft wurden? Wie war das mit den Kontakten des Aufsichtsratsvorsitzenden mit Firmen, wo er auch selbst beteiligt war, Tiefgarage, dann ein ganz interessanter Fall, die Therme Ottendorf, die Geschäftsführung in der Therme Ottendorf, die Beteiligung des Landes. Also ich glaube, da ist einiges drinnen, was wir uns anzuschauen haben. Ich hoffe, Frau Landeshauptmann, Sie haben es früher gesagt, Sie fühlen sich verantwortlich für das Land, ich hoffe, Sie nehmen die Verantwortung dann auch wirklich wahr.

Und Schaden für das Land, wurde ja auch gebracht von Herrn Landesrat Paierl, alles, was heute die SPÖ, die FPÖ und die Grünen machen, schadet ja dem Land. Ich glaube, dass das, was im Biotop der ÖVP in letzter Zeit passiert ist hier in dieser Gesellschaft, ESTAG, das schadet dem Land. (Beifall bei der FPÖ.)

Es kann nicht sein – und hier geht es scheinbar in die gleiche Verteidigungsschiene wie vorigen Dienstag – dass man „schützt den Täter“ sagt. So kann das bitte nicht sein. Es ist hier Aufklärung geboten und der Schaden, der entstanden ist, ist aufzuklären. Und das ist kein Schaden, den hier heute jene angerichtet haben, die hier Fragen stellen, sondern jene, die jahrelang bereits diesem Unternehmen scheinbar Schaden zugefügt haben und damit auch der Steiermark und dem steirischen Bürger. Das gehört aufgeklärt und ich begrüße heute die Einsetzung des Untersuchungs-Ausschusses und ich hoffe, dass wir bald mit der Arbeit beginnen können. (Beifall bei der FPÖ und der SPÖ. – 12.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort. Herr Abgeordneter, bitte! Danach Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Prattes (12.31 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach den diversen Reden der einzelnen Fraktionen drängt sich mir ein Bild auf, das eigentlich kein fremdes ist, nämlich, die ÖVP agiert heute wie schon nach den bekannten Mustern in den letzten Jahren. Sie weiß nichts, sie ist nirgends dabei und sie trägt schon gar nicht die Verantwortung für etwas, was entstehen kann, wenn man keine Verantwortung wahrnimmt. Und heute, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, heute werfen Sie, ich möchte das ein bisschen martialisch ausdrücken, eine Nebelgranate und glauben, mit Ihrer Dringlichen Anfrage an den Landeshauptmannstellvertreter Voves von Ihrer Verantwortung abzulenken. (Abg. Majcen: „Von wem sprichst du jetzt?“) Wie haben Sie, Frau Landeshauptmann, zu Beginn Ihrer Beantwortung gesagt: „Ich trage Verantwortung in guten und in schlechten Zeiten!“ Wenn Sie das tun, Frau Landeshauptmann, dann nehmen Sie diese Verantwortung endlich wahr. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn gerade hier im Bereich der ESTAG vermissen wir dies. Und es ist auch, dass wir mit dieser heutigen Sondersitzung klären wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo die politische Verantwortung für die ESTAG liegt. Nach dem Geschäftsverteilungsplan, das haben wir heute schon gehört, liegen diese Kompetenzen und Verantwortlichkeiten eindeutig bei Frau Landeshauptmann Klasnic und bei Landesrat Paierl. Das ist ja auch reklamiert worden, wenn es darum geht, in schönen Zeiten verantwortlich zu sein. Jubelberichten, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Regierung stehen nunmehr Fakten gegenüber, die wahrscheinlich ohne Dr. Hirschmann – das muss man hier eindeutig festhalten – nie an die Öffentlichkeit gekommen wären. Die Verantwortung – und das hat der Klubobmann ja bestens gesagt, ihr nehmt die Verantwortung wahr – versteht die ÖVP wohl damit, manch unangenehme Fakten nicht aufzuklären, sondern unter den Teppich zu kehren. Oder meinen Sie, dass die viel zitierten Seilschaften in der ESTAG gut für das Land sind? Wie passt es zusammen, wenn Sie, Frau Landeshauptmann, hier sagen, dass Sie nie Einfluss auf die Entscheidungen innerhalb der ESTAG genommen haben, wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrates Ertler öffentlich sagt, dass die Beteiligungen bei Styrian Spirit oder zum Beispiel bei der Therme Ottendorf oder es gäbe auch noch andere, auf Ihren Wunsch erfolgte? (Landeshauptmann Klasnic: „Das habe ich ja heute gesagt!“) Das ist keine Erfindung von uns, das konnte man ja nicht nur lesen, sondern auch hören. Eine weitere Frage möchte ich hier auch in den Raum stellen. Die ÖVP brüstet sich, neben der aktienrechtlichen Sonderprüfung auch den Bundesrechnungshof mit der Prüfung beauftragt zu haben.

Wir alle erinnern uns noch, wie es praktisch eine Zwangsgeburt war, wie der Landesrechnungshofdirektor hier in den Sitz gehoben wurde. Wie man sich überstürzt hat mit Meldungen der ÖVP, der beste Mann, die beste Lösung. Jetzt frage ich, wenn der Landesrechnungshof so kompetent geführt wird, warum, Frau Landeshaupt-

mann, waren Sie dann nicht in der Lage, den Landesrechnungshof mit der Überprüfung der ESTAG zu beauftragen? War das jetzt Missvertrauen oder traut man dem Landesrechnungshof diese Prüfung nicht zu? (Abg. Mag. Drexler: „Wie wäre es umgekehrt?“) Also ich kann mir vorstellen, wenn unsere Partei jemand nominiert für einen verantwortungsvollen Posten, wo sie überzeugt ist – und das ist heute schon einmal gefallen, dass er Sachkompetenz hat, dass er einen Rechnungshof gut führen kann, dann frage ich einmal und stelle das in den Raum, misstraut man nachträglich seiner eigenen Entscheidung? (Abg. Drexler: „Sicher nicht!“) Warum geht man in den Bundesrechnungshof? (Abg. Mag. Drexler: „Wir haben auch Vertrauen in Franz Fiedler!“) Ich möchte auch eines nicht unangesprochen lassen. Der Herr Landesrat Paierl, er ist jetzt gerade nicht herinnen, hat davon gesprochen, er gibt auch ein Interview beim Fernsehen, ja, es wollen alle im Fernsehen sein, er hat vom politischen Kleingeld gesprochen. Vom politischen Kleingeld, das die Antragsteller dieser Dringlichen Anfrage beziehungsweise Sondersitzung des Landtages wechseln wollen und dass mit diesen Dringlichen Anfragen Schaden für das Land erwächst. Und es ist schon eigenartig, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, geradezu reflexartig kommt immer diese gleiche Aussage immer dann, wenn wir Sachen aufzeigen, die nicht in Ordnung sind. Wir wissen, wir haben ein wunderschönes Land. Wir sind stolz auf unser Land, wir freuen uns darüber. Wir werden, auch einige von Ihnen, wahrscheinlich einer großen Veranstaltung heute noch beiwohnen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss auch darauf hingewiesen werden, wenn etwas nicht funktioniert. Wie heißt es dann immer seitens der ÖVP? Ihr macht das Land schlecht oder – wie heute schon gesagt – es entsteht Schaden für das Land und nur die ÖVP liebt die Steirerinnen und Steirer, allen voran die Frau Landeshauptmann. Wir haben das nicht so nötig, so glaube ich, denn niemand kann dieses Land in Besitz nehmen. Eines, und das unterstelle ich allen, ist uns gemein: Wir lieben dieses Land und wollen für dieses Land sehr gut arbeiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade weil wir Schaden für unser Land abwenden wollen und die Stromkunden Recht auf eine kompetente Konzernführung haben, wollen wir mit dem zu beantragenden Untersuchungs-Ausschuss Fehlleistungen aufzeigen, damit in Zukunft Derartiges nicht mehr passieren kann. Frau Landeshauptmann, Sie haben heute wieder einmal Ihre Rolle als Mutter und als fünffache Großmutter betont. Sie leiten daraus gerne eine Stellung als Landesmutter ab. Auch die ÖVP, wie ich Ihren Ausführungen entnommen habe, ist eine große Familie, die auf ihre Mitglieder schaut. (Abg. Straßberger: „Die Menschen mögen die Frau Landeshauptmann. Das tut euch weh!“) Frau Landeshauptmann, so wie Sie bin auch ich dreifacher Vater und ich habe sechs Enkelkinder. Ich nehme mir auch das Recht heraus, in einer Familie sehr gerne zu leben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Familie, wie der ÖVP, möchte ich aber nicht leben (Beifall bei der SPÖ.), wo man hergeht, einen Landesrat Hirschmann lobt und sagt, „er ist das Beste, was wir haben, der Beste von uns“, dann aber so schnell fallen lässt wie es einem passt, in so einer Familie ist man nicht nur nicht gut aufgehoben, sondern da möchte ich nicht leben. Wenn das Ihr Familienverständnis ist, dann gute Nacht. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das einzig Positive, das ich in der Rede des Herrn Landesrates Paierl gehört habe, war, dass er am Schluss gesagt hat, sollte sich herausstellen, dass es Fehlleistungen gibt, dann übernehme ich – schau her, schau her – die politische Verantwortung. Wir werden Herrn Landesrat zeitgerecht daran erinnern. Eines können Sie sicher sein: Die Mitglieder des Untersuchungs-Ausschusses von meiner Fraktion werden sehr genau schauen, dass wir all diese im Raum stehenden Vorhalte restlos aufklären können. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.41 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (12.41 Uhr): Ich habe keine Glaskugel in der Hand, aber immerhin ein Glas. Ich darf in Anlehnung an jene literarische Figur sagen, es ist etwas faul im Lande Steiermark, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wie Sie wissen, bin ich nicht erst seit gestern in der steirischen Politik unterwegs und so habe ich mich auch entsonnen des Resümees des Pyhrn-Untersuchungs-Ausschusses. Das war schlicht und ergreifend eines, das Ihnen heute bekannt vorkommen wird. Der damalige Landeshauptmann Krainer und Verantwortliche hat seinen Kopf womit gerettet? Er konnte nachweisen, dass er von nichts gewusst hat. Das war der Punkt. Sein damaliger Büroleiter hat übrigens die Aussagen der ÖVP-Seite in dem Untersuchungs-Ausschuss vorbereitet – wenn ich richtig informiert bin. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wie immer, gut informiert!“) Dachte ich es mir doch. Ich will damit nicht sagen, dass Herr Landesrat deshalb neulich gesagt hat, dass er von dem Untersuchungs-Ausschuss in Sachen ESTAG keine Angst habe. Ich möchte jetzt gleich auf ein paar Aussagen von Herrn Landesrat Paierl eingehen. Frau Kollegin Ingrid Lechner-Sonnek hat schon darauf hingewiesen, dass diese Strategie, einmal vor das Aktienrecht, einmal hinter das Aktienrecht, sehr leicht zu durchschauen ist und der Grund für die Beliebtheit jener Gesellschaftsform bei öffentlichen Unternehmen. So kann es natürlich nicht sein und das glaubt auch niemand. Aus der Qualität von Gegenargumenten kann man immer entnehmen, wie es tatsächlich ausschaut im Ernstfall. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Kannst du mir eine zweite AG. nennen, an der das Land Steiermark beteiligt ist?“) Die Grazer Stadtwerke AG., zum Beispiel, ist so eine. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Nein, das Land?“) Herr Kollege Schachner-Blazizek war übrigens auch einer, der dieses Spiel immer sehr gut verstanden hat, wenn es auch damals nicht um etwas Unrechtmäßiges gegangen ist, sondern oft nur um operative Geschichten, Wünsche der Politik an die Stadtwerke, die er einmal goutiert hat und einmal nicht. Das Spiel ist aber dasselbe. Konkret gleich zu der Geschichte, die am besten aufbereitet ist zum heutigen Zeitpunkt „Energiepark Donawitz“, übrigens nicht deshalb gut aufbereitet, weil jetzt die Landesregierung tätig geworden ist, die Frau Landeshauptfrau, der Herr Landesrat, sondern weil schon zwei Rechnungshöfe seit vielen Monaten tätig sind

und das auch schon im Frühjahr in den Zeitungen gestanden ist – das nur am Rande. Deswegen finde ich es schon ein bisschen frivol, wenn man jetzt hergeht, wie Herr Landesrat das getan hat und als Beispiel genommen hat, wie hart das Leben eines politisch Verantwortlichen ist und wie sehr er eingeschränkt ist und darauf hinweist, dass es hier ein sehr deutliches Beschwerdeschreiben des Aufsichtsrates beziehungsweise Vorstandes gegeben hat. Man verwahre sich gegen Einmischung, das sei eine Rufschädigung, wenn man vom EPD in der Öffentlichkeit redet und das nach einem halben Jahr und in einem Desaster, das ohnehin sowieso schon klar war, dass es über den Rechnungshof in aller Länge und Breite an eben diese Öffentlichkeit gelangen wird. Viel interessanter wäre es gewesen, wenn Herr Landesrat an der Stelle darüber geredet hätte, wenn wir schon beim Aktienrecht bleiben, das er in dem Augenblick so sehr schätzt, wie die Rolle des Aufsichtsrates war bei dieser Sache und wie hier die Passage in dem aktienrechtlichen Prüfbericht ausgeschaut hat. Dort ist nämlich drinnen gestanden, dass diese Sache über weite Strecken am Aufsichtsrat vorbeigelaufen ist. Je wichtiger die Sachen waren, desto weniger ist der Aufsichtsrat informiert worden – so schaut es übrigens aus. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du zitierst aber daraus“!) Das zieht sich durch zu dieser ach so strengen und ach so tollen aktienrechtlichen Prüfung. Da sind noch viel härtere Geschichten drinnen aus meiner persönlichen Einschätzung, das betrifft insbesondere das EVN-Aktienpaket (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Würdest du das wissen, wenn du den Bericht nicht hättest?“), das wahrscheinlich die wichtigste energiepolitische Causa in Österreich überhaupt ist, nämlich das Sein oder Nichtsein der österreichischen Stromlösung. Hier ist das Paket in gestückelter Form in einer Nacht- und Nebelaktion ebenfalls vom Vorstand am Aufsichtsrat vorbei verkauft worden. Einige von Ihnen werden sich vielleicht erinnern, Herr Landesrat Paierl hat sich beeilt, dann zu sagen, er hat damit nichts zu tun. Was heißt da nichts zu tun mit einer Geschichte, wo die österreichische Energiepolitik jetzt seit über fünf Jahren sich intensiv beschäftigt, nämlich die österreichische Stromlösung? Wissen Sie, was ich vermute? Dass die Äußerungen Schüssels, Hirschmann hat die Spielregeln gekannt, und das Engagement von Ditz damit vermutlich zusammenhängen. Ja, und das ist auch eine von mehreren Geschichten, die uns in dieser Thematik noch beschäftigen werden, die noch gar nirgends aufscheinen. Das kann morgen in der Zeitung sein, das kann aber erst in einem Jahr sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Besser wäre in einem Jahr!“) Zum Beispiel die Müllverbrennung in Niklasdorf, Anmerkung am Rande, das ist so ein Projekt, das wird uns noch beschäftigen und die dortigen Defizite.

Nächster Punkt: Wir sollten kein politisches Kleingeld wechseln. Und Zitat: „Wir sollten uns nicht von Grundsätzen leiten lassen, die da lauten, dem wollte ich schon immer eine auflegen!“ Sie wissen, was jetzt kommt. Frau Landeshauptfrau, Ihre Buben haben Ihnen aber ganz schön eine aufgelegt. Sehe ich das richtig? (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.) Und das kommt halt davon, wenn die Mutter dauernd außer Haus ist. Ja! (Abg. Straßberger: „Nehmen Sie eine andere Wortwahl!“) Und um bei dieser Metapher zu bleiben. (Abg. Straßberger: „Lächerlich!“) Das ist richtig! Man soll die Politik im Lande, wenn es um solche gewaltigen Summen geht, nicht der Lächerlichkeit preisgeben und nicht dauernd mit solchen Ebenen daherkommen wie Familie und Heimat und solche Sachen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Wenn der Pensionist seine Stromrechnung nicht mehr zahlen kann, wenn er dort sitzt – die Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat das Beispiel auch angezogen, wie viel das ausmacht –, wenn der dort sitzt und kiefelt, was steht denn dazu in dieser aktienrechtlichen Sonderprüfung drinnen? Dass die ESTAG und viele ihrer Tochtergesellschaften nicht dazu in der Lage waren, ein derartiges Strategiekonzept zu entwickeln, dass die Töchter zum Teil das verweigert haben und gesagt haben, dass mache ich nicht oder dass sie die Ziele der Mutter ESTAG zwar zur Kenntnis genommen haben und gesagt haben, wir machen aber trotzdem ein anderes auf Nachfrage dieser Prüfer. Es ist ja schon ein starkes Stück. Und der Herr Landesrat als Verantwortlicher ist der ehemalige STEWEAG-Vorstandsdirektor. Das dürfen wir auch nicht vergessen. Es heißt, er ist sicherlich niemand, der sein Geschäft nicht versteht. Und zwar nicht insgesamt etwas weiß vom Wesen einer Aktiengesellschaft und wie die Wirtschaft funktioniert. Er weiß das sehr gut, das haltet an ihm und ich ihm ja auch zugute. Er kennt sich auch in der Branche sehr gut aus. Und es ist ihm nicht aufgefallen, dass die kein Strategiekonzept haben. Natürlich ist es ihm aufgefallen, er ist das Strategiekonzept. Und deswegen hat er keines eingefordert. Und die ÖVP ist das Strategiekonzept. (Beifall bei den Grünen.) Deshalb braucht man das nicht.

Nächster Punkt: Das Engagement der KELAG und dahinter stehend der RWE in der Steiermark. Der Herr Landesrat angezogen, ich auch, schon vor Monaten. Frau Landeshauptfrau, die Umtriebe Ihres Kollegen jenseits der Koralm haben Sie einmal als die Taten eines bündnisfähigen Partners bezeichnet. Der Schaden, den der Haider da alleine in der Steiermark angerichtet hat (das Tröstliche dabei ist ja das, dass dieser Schaden insofern zu relativieren ist, als einfach das Land an die Stadt ein Geld überwiesen hat, und wenn uns sonst nichts Ärgeres passiert, wäre das ja nicht das Schlimmste). Das Problem bei diesen Dingen ist ja nur das, dass alle Beteiligten immer ihre Hand aufhalten und alle Beteiligten dann bedankt werden für diese ihre Dienste. Und dann wird es eng. Dann kommt das Kapitel, das auch hier bei der aktienrechtlichen Prüfung angeschnitten ist, der so genannten Related Partys, auf gut steirisch, der Unvereinbarkeiten. Zwei Aufsichtsräte haben aus diesem Grund ja auch schon ihren Hut genommen. Die haben nicht gestritten, das waren keine Familienstreitereien, die mussten gehen.

Nächster Punkt, die Dividende: Der Herr Landesrat hat nicht zufällig die absoluten Summen genannt und nicht die Prozentsätze. Mathematikstoff, Volksschule, wenn ich 300 Millionen Euro für ein Viertel der ESTAG ansetze, wie es der Herr Landesrat noch im Feber getan hat, inzwischen gibt er es schon billiger, um 180 Millionen, eine der Fragen, die zu beantworten sein wird im Ernstfall. Wer verantwortet die Differenz jetzt wirklich? Ich rede gar nicht von den 400, die die ESTAG gezahlt hat, weil da war angeblich die strategische Komponente dabei. Wenn also ein Viertel 300 wert ist, dann sind vier Viertel 1200 nach meiner Rechnung, dann ist ein Prozent

12 Millionen. Wenn ich dann eine Dividende kriege von 12 Millionen, dann muss ich ehrlich sagen, Begeisterungsturm löst das keinen aus bei mir. Ein Prozent ist nicht gerade üppig. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wann haben wir von 12 Millionen geredet?“) Ist nicht gerade üppig. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „27,5!“) 27, ja, im letzten Jahr, vorher waren es ja weniger. Im Schnitt waren es einfach zwei Prozent in diesen sechs Jahren. 2 Prozent, eine stolze Summe! Wenn man das Geld von der EdF genommen hätte und irgendwo zur Bank getragen hätte, 2 Prozent. Sie werden jetzt sagen, naja, aber glauben Sie mir das, ich hätte mehr zusammengebracht als die 2 Prozent. Glauben Sie mir das in dem einen Fall meiner wirtschaftlichen Kompetenz. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Dein Dilettantismus ist nicht mehr zu überbieten!“)

Nächste Aussage: Der Herr Landesrat hat im Herbst vergangenen Jahres ein Strategiekonzept eingefordert. In dieser aktienrechtlichen Sonderprüfung ist ein witziger Passus drinnen. Man hat nämlich dieses Strategiekonzept angefordert – na net – und hat keines gekriegt. Und dann hat man fünfmal angefordert und irgendwann hat man dem Eigentümervertreter Paierl gesagt, lieber Herr Landesrat, die haben ja gar kein Strategiekonzept. Und das war der Vorlauf zu dieser Geschichte, dass der Herr Landesrat dann eines gefordert hat. Das wollte ich nur der Vollständigkeit halber dazusagen. Es ist auch nicht erwähnt worden und in der Presse ausreichend gewürdigt schon im September vergangenen Jahres, dass zwar die Eigenkapitalquote der ESTAG hervorragend ist, na net bei 5,5 Milliarden Schilling, die die Franzosen reingeschossen haben, auch wenn nur mehr Teile davon da sind, aber alle anderen Kennzahlen weit unter der Branche liegen und weit unter Unternehmen liegen, die unter ähnlichen Bedingungen in Österreich arbeiten. Das muss man auch dazusagen.

Und jetzt noch abschließend die von mir angekündigten Bemerkungen allgemein zu diesem aktienrechtlichen Sonderprüfungsbericht.

Ich bin persönlich so wie der Herr Kollege Hirschmann auch kein Experte des Aktienrechts, wenn ich auch gewisse Grundkenntnisse habe. (Abg. Mag. Drexler: „Wie können Sie das von Dr. Hirschmann behaupten?“) Kurz und gut, ich habe mich mit jemand zusammengesetzt und diesen Bericht analysieren lassen. Wir sind zu folgender Beurteilung gekommen:

Die Formulierungen der Fragestellungen sind von Herrn Landesrat Paierl getroffen worden. Und sie sind ganz präzise so eingeschränkt, dass der Bereich der Politik ausgeblendet wird, dass die handelnden Personen nicht wirklich geschädigt werden und dass sogar ein PR-taugliches Ergebnis – die Wertentwicklung ist eigentlich eh positiv – herausgekommen ist.

Zweitens, es werden der Vorstand und das Management zwar indirekt durchaus angegriffen und in manchen Bereichen, wo es um große Summen geht und um weite Geschäftsbereiche, durchaus als unfähig beschrieben. Sie waren ja nicht einmal so schlau, offenbar die Gesetze und die Geschäftsbedingungen einzuhalten. Es ist ein Fehlverhalten festgestellt worden. Aber die Formulierungen waren so, dass man auf Grund dieses Berichtes nicht gezwungen ist, sie jetzt auf Schadenersatz zu klagen, aber man kann. Was ich damit sagen will ist das, man hat sie in der Hand – ein sehr interessanter Ansatz, finde ich. Dann kommen noch – über vieles habe ich schon berichtet – eine Reihe von Anmerkungen und kritischen Punkten, die niemals hätten passieren dürfen, dazu, nicht zuletzt was die Rolle des Aufsichtsrates anbelangt, weil der hat eigentlich – wie schon dargestellt – diese Schlüsselfunktion, dass er den Vorstand kontrollieren sollte, die laufende Geschäftsgebarung nach dem Aktienrecht, das heißt, der Gewinnerzielung eigentlich verpflichtet ist und gleichzeitig aber, wie man in dem Fall eindrucksvoll sehen hat können, dem Druck der Politik ausgesetzt ist. Ich gehe auf das jetzt im Detail nicht mehr ein. Erinnern Sie sich eben an den Auftritt der Frau Landeshauptfrau? Sie hat ja heute wiederholt, dass sie über die Medien angekündigt hat, was sie in der ESTAG machen und ändern wird. Irgendwann ist dann der Aufsichtsratsvorsitzende Ertler ein paar Tage ausgerückt und hat gesagt, er will das und dann ist es auch gemacht worden. So viel zur Seriosität dieser Argumentation, die Herr Landesrat als Hauptverteidigungslinie eingezogen hat, dies aber völlig unzulässigerweise, dass das Aktienrecht die Politik behindert. Das Aktienrecht sollte schon eingehalten werden (Abg. Ing. Wöhry: „Muss eingehalten werden!“), denn es ist gültig. Dann kommen wir letztlich wieder genau zu diesen Grundfragen, warum hat man denn die 5,5 Milliarden bei der ESTAG geparkt und warum hat man denn ein Geld, das man für öffentliche Zwecke verwendet, nicht ins Budget übertragen? Und am Ende stellt sich auch die Frage, welchen Auftrag hatte denn Herr Landesrat Hirschmann? Der allerbeste Experte war er nicht. Wir haben das damals auch kritisiert. Wenn es eine politische Entscheidung war, dann frage ich Sie, Frau Landeshauptfrau, welchen Auftrag hat er denn gehabt? Hat er mit Ihnen darüber gesprochen, was er dort will? Er hat und das war auch einigen Leuten klar, was er wollte und es war insbesondere Ihnen, Frau Landeshauptfrau, klar. Sie haben nur die Sachen außer Kontrolle verloren, einen innerparteilichen Konflikt, der dann nicht völlig klar in aller Öffentlichkeit darliegt, aber der immer klarer wird, dass hier im wesentlichen Ausmaß ein innerparteilicher Konflikt auch ausgetragen wurde. Um das abzuschließen: Am Ende steht trotzdem die Forderung, und das wird es auch sein, wenn man aus diesen gegenseitigen Schuldzuweisungen herauskommen will, was tut man jetzt wirklich: Für die Vergangenheit die Verantwortung übernehmen, Frau Landeshauptfrau, für die Vergangenheit und nicht für morgen, denn sonst kann man nämlich nichts ändern und es wird sich wiederholen, das ist auch schon gesagt worden, also was kann man denn tun und was wird konkret zu leisten sein? Die Hauptrichtlinie wird wohl aus der grünen Sicht die sein, die wir schon bei Ihrem Regierungsantritt formuliert haben, es braucht eine Vorgabe, es braucht eine Linie. Hätte die ESTAG, hätte die steirische Energiepolitik solche Vorgaben gehabt, könnten wir uns zumindest einen großen Teil der Vorwürfe und der Probleme heute schon ersparen. (Präsidentin Dr. Rieder: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende!“) In diesem Sinn danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.03 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Klubobmann Kröpfl.

Abg. Kröpfl (13.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, Hohes Haus, verehrte Gäste!

Ich habe heute bei der Einbringung der Dringlichen Anfrage die Scheinheiligkeit noch einmal angesprochen und ich muss sie jetzt noch einmal ansprechen, weil diese Scheinheiligkeit bei der ÖVP bei der Beantwortung der Dringlichen Anfrage wieder zutage getreten ist. Immer dort, wo es gegolten hat, Verantwortung direkt zu übernehmen und wo das klar wurde, hat man sich hinter dem Aktienrecht versteckt. Man hat gesagt, man darf nicht hineinregieren, es darf die Politik nicht eingreifen und es sind uns die Hände gebunden. Dort aber, wo es öffentlichkeitswirksam ist hineinzuregieren, hat man das durchaus gemacht. Ich denke nur an die Forderung oder an die Einführung des Ehrenkodex. Man hat sehr wohl von außen hineinregiert in die ESTAG. Oder denken Sie daran, wie es um den Ankauf der Flughafenteile ging. Dort hat man sehr wohl den Wunsch geäußert. Oder die Therme Ottendorf – sehr wohl den Wunsch geäußert und hineinregiert. Also immer dort, wo es in der Öffentlichkeit gut war, hat man sich hingestellt und gesagt, das ist sehr wohl etwas, was wir wollen und wo wir dahinterstehen. Aber wenn es brenzlich geworden ist, weil rechtliche Dinge dahinterstehen, hat man gesagt, da ziehen wir uns zurück, das ist Aktienrecht und da können wir nicht hineinregieren. Eine Bemerkung noch zu Herrn Klubobmann Drexler: Mir ist dieser Rundungsfehler passiert mit diesen 48 Prozent. Es sind 47,3. Aber alles, was passiert in diesem Land, passiert so, als ob die ÖVP wirklich 100 Prozent hätte. Denken Sie einmal zurück an den Start dieser Regierung: Bestellung des Landesrechnungshofdirektors – ist schon erwähnt worden. Da hat man sehr wohl die Macht ausgenutzt und nicht den Besten genommen. Man hat sich die FPÖ mit einem klaren „Geschenkerl“ wieder eingekauft und so weiter. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist eine Unterstellung!“) Ich darf dir noch ein Beispiel sagen, Herr Klubobmann Drexler: Die ÖVP hat in ihrem Bereich, in ihrem Ressort bereits zehn Tourismusmanager verbraucht. Die letzten zwei gehen spazieren mit einem wunderbaren Salär. Ihr habt sie aber nicht mehr wollen, weil ihr sie nicht mehr gebraucht habt, obwohl die Tourismuszahlen, wie man dem Tourismusbericht entnehmen kann, wunderbar waren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich frage mich nur, was hat da nicht gepasst, verehrte Damen und Herren? Wahrscheinlich waren sie zu kritisch und haben nicht allem zugestimmt, was der Herr Landesrat wollte.

Einen letzten Punkt darf ich noch ansprechen, verehrte Damen und Herren, und zwar die Einrichtung des Untersuchungs-Ausschusses. Ich glaube, die ÖVP hat dem Untersuchungs-Ausschuss erst zugestimmt, in der Öffentlichkeit zumindest, weil sie gemerkt hat, da gibt es wieder einmal eine Einigung zwischen der Sozialdemokratie, zwischen der Freiheitlichen Partei und den Grünen. Warum gibt es diese Einigung dreier Parteien? Weil uns diese ESTAG-Affäre wirklich ein Anliegen ist und wir mit diesem Untersuchungs-Ausschuss klar darstellen wollen, wo die politische Verantwortung liegt. Als ihr dann gesehen habt, da gibt es keinen Weg daran vorbei, denn es schaut nicht gut aus in der Öffentlichkeit, wenn jetzt die ÖVP sagen würde, wir sind dagegen, deswegen seid ihr dann mitgegangen. Ich bin heute auch froh darüber und bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, weil diese ESTAG-Geschichte so wichtig ist, dass wir einen Vier-Parteien-Entschließungsantrag einbringen können, und diesen bringe ich namens der Frau Abgeordneten Dietrich, Kröpfl, Lechner-Sonnek und Mag. Drexler (jedenfalls von allen Fraktionen) ein: Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Zur Klärung der politischen Verantwortung für die Missstände im Zusammenhang mit der ESTAG, ihren Vorgänger- und Tochtergesellschaften und allen weiteren diesbezüglichen Beteiligungen wird ein Untersuchungs-Ausschuss gemäß Paragraph 18a L-VG, bestehend aus den im Landtag vertretenen Parteien im Verhältnis vier zu drei zu zwei zu eins (ÖVP/SPÖ/FPÖ/Grüne, analog dem Stärkeverhältnis in den Unterausschüssen) eingesetzt. In diesen Untersuchungs-Ausschuss werden folgende Mitglieder nominiert: Für die ÖVP – entschuldigen Sie mir, wenn ich die Titel weglassen – Drexler (Ersatz: Majcen), Bacher (Ersatz: Riebenbauer), Bittmann (Ersatz: Kasic), Straßberger (Ersatz: Dirnberger).

Für die SPÖ: Kröpfl (Ersatz: Dr. Bachmaier-Geltewa), Gennaro (Ersatz: Petinger), Prattes (Ersatz: Dr. Reinprecht).

Für die FPÖ: Dietrich (Ersatz: List), Wiedner (Ersatz: Graf).

Für die grüne Fraktion: Hagenauer (Ersatz: Lechner-Sonnek).

Der Untersuchungs-Ausschuss hat aus dem Aspekt der politischen Verantwortung insbesondere folgende Themen zu behandeln:

Erstens: Einflussnahme auf die Geschäftsführung der genannten Unternehmen durch andere als durch Gesetze legitimierte Personen unter anderem im Bereich Beteiligungen und Personalentscheidungen.

Zweitens: Rolle und Verantwortung aller Organe.

Drittens: Verantwortung für fehlende Unternehmensstrategien beziehungsweise -planung.

Viertens: Wertentwicklung der Unternehmen.

Fünftens: Personalentscheidungen für die Besetzung der Organe.

Sechstens: Vorteilsnahmen und Unvereinbarkeiten durch Organe.

Die Konstituierung dieses Untersuchungs-Ausschusses erfolgt am 3. Februar 2004. In dieser konstituierenden Sitzung hat die Wahl des Vorsitzenden dieses Untersuchungs-Ausschusses, der aus der Mitte des Ausschusses zu wählen ist, die Wahl dessen Stellvertreters und der übrigen Funktionen zu erfolgen.

Ich danke, dass ich die Zustimmung schon im Vorhinein gehabt habe und ich hoffe, dass wir in diesem Untersuchungs-Ausschuss eine gute Arbeit für unser Land leisten. (Beifall bei der SPÖ. – 13.10 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Straßberger.

Präsident Purr: Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Straßberger (13.10 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Verehrte Frau Landeshauptmann! Verehrte Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus!

Wenn man diese Debatte heute hier verfolgt hat, wird man den Eindruck nicht los, man wäre auf einer falschen Veranstaltung, verehrte Damen und Herren! Ich sage das ganz deutlich, denn die SPÖ tut so, als wie wenn sie mit der ESTAG, mit diesem Landesunternehmen null zu tun hätte. Werte Damen und Herren, das nenne ich Kindesweglegung. Das kann es wohl nicht sein, euer einziges Ziel ist – auf Grund eurer Irritation in den eigenen Reihen, ich komme dann noch darauf – und zwar: „Jetzt gehen wir die Frau Landeshauptmann wieder ganz brutal attackieren!“ Verehrte Damen und Herren, das ist eine ganz, ganz schlimme Situation. (Abg. Schrittwieser: „Wir haben den Hirschmann auch nicht hinaufgehoben!“) Die Frau Landeshauptmann, eine Persönlichkeit, die weit über die Grenzen Steiermarks und Österreichs hinaus einen hohen Stellenwert, eine große Akzeptanz und ein Herz für unsere Steierinnen und Steirer hat. Und, verehrte Damen und Herren, als Zweiten nehmen wir den Landesrat Paieryl auch noch mit. Ein Wirtschaftslandesrat mit modernen Zukunftsperspektiven unserer Wirtschaft im Land Steiermark und seit 2000, verehrte Damen und Herren, ein Finanzlandesrat, wo euch natürlich jetzt nach dem Ing. Ressel die Tränen kommen. Das ist ganz klar. Wir haben das hier bei der Budgetdebatte besprochen. Das ist nachweisbar in Zahlen abgedruckt. Verehrte Damen und Herren, und das ist es. Eure Reaktion ist ja jene, weil die SPÖ im Land Steiermark bundesweit die schlechtesten Werte hat. Mit minus 3,5 Prozent seit 2000, alle anderen Organisationen von euch in den Bundesländern haben gewonnen, nur ihr kommt nicht vom Fleck. Jetzt weiß ich nicht, warum. Das heißt, wir wissen es schon. Politik braucht auch Qualität und diese Qualität dürfte anscheinend – ich maße mir jetzt nicht an, direkt zu werden – aber dürfte anscheinend nicht vorhanden sein.

Verehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zu diesem Unternehmen, zur ESTAG kommen. Ich habe mir das angeschaut, wer hier wirklich die politische Verantwortung beziehungsweise die Vorstands- und Aufsichtsratsverantwortung hat.

Verehrte Damen und Herren, da gibt es einen Herrn Dr. Hofer (Abg. Schrittwieser: „Kluger Mann!“), 1998/1999 Aufsichtsratsvorsitzenderstellvertreter der ESTAG, er war dort der SPÖ-Sprecher. Von 2000 bis 2001 Aufsichtsratsvorsitzender, von 2002 bis 2003 bis zu seinem Ausscheiden Aufsichtsratsvorsitzenderstellvertreter. Das ist euer Parteikassier, nur dass wir uns da im Klaren sind, verehrte Damen und Herren. Auch dieser Genannte, der so tut oder wenn ihr so tut, als gäbe es den überhaupt nicht oder das wäre nicht einer von euch, bei der Steirischen Fernwärme ist er auch 1988/99 Aufsichtsratsvorsitzender, 2000 bis 2002 Aufsichtsratsvorsitzenderstellvertreter. (Abg. Schrittwieser: „Das ändert an der Mehrheit nichts!“) Du kannst herausgehen. Geh zur Frau Präsidentin und melde dich, Siegfried. Du bist nicht mehr Klubobmann. Du bist ein gewöhnlicher Abgeordneter wie wir, etwas Gesprächsdisziplin, dann bekommst du wieder einen Stellenwert.

So, verehrte Damen und Herren, das ist die Situation. (Abg. Schrittwieser: „Ihr habt es an euch gerissen und jetzt habt ihr nichts gemacht daraus!“) Und der Vorstandssprecher seit 1998 dieser ESTAG ist beziehungsweise war Dr. Heinzl und angeblich – so habe ich es aus den Medien entnommen, ist er sehr der SPÖ nahe stehend. So tun, als wenn das nur die ÖVP betrifft, und, und das geht sicherlich in die falsche Richtung und da müsst ihr eben einmal ein bisschen Gewissen erforschen. Ich weiß schon, das Kurzzeitgedächtnis, ich habe das hier schon einmal gesagt, es dauert leider nur von 12 bis zu Mittag.

Verehrte Damen und Herren, heute bei dieser Dringlichen Anfrage an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves – (Abg. Kröpfl: „Das nicht zuständige Regierungsmitglied hätte in der Präsidiale ablehnen können, hat er nicht gemacht!“) Sehr witzig, das hat man ja gesehen! Ist schon klar! Er hat gemeint, die Menschen werden das bei der Wahl im Jahr 2005 schon der ÖVP zeigen. Also das zeigt ja wieder, welche Irritation dort vor sich geht. Vor zwei Jahren hat Mag. Voves gemeint, er will in der Regierung einen Wechsel vornehmen. Da hat ihm der Dr. Flecker gesagt, wenn er will, kann er auf der Harley hinten mitfahren. Das war einmal das Erste. Werte Damen und Herren! So, heuer beziehungsweise im Herbst des vorigen Jahres war wieder die Diskussion, es muss eine SPÖ-Frau in die Regierung. Mag. Voves hat gesagt, der Herr Dr. Flecker wird wohl bald gehen. Na, was hat denn der Dr. Flecker gemacht? Der hat gesagt, wenn er will, kann er hinten mitfahren. (Abg. Kröpfl: „Ist das ein wörtliches Zitat?“) Steht drinnen! Lese die Zeitung, ich habe nicht so viel Zeit wie du zum Zeitunglesen.

Und weißt du, was der Herr Dr. Flecker noch gesagt hat? Er (SPÖ-Vorsitzende) möge den vierten Regierungssitz dazugewinnen, dass er dann dort letztendlich auch eine Frau platzieren kann. (Abg. Kröpfl: „Hängt das mit der ESTAG zusammen?“) Und die Klubobmannbestellung war ja auch nicht so ganz ohne auf Steirisches. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Straßberger!“) Sie wollten ja auch einen anderen. Werte Damen und Herren, der Siegfried Schrittwieser musste gehen, kommen wollte der Gennaro, gekommen ist Freund Walter Kröpfl und letztendlich, verehrte Damen und Herren, der Kurtl Gennaro hat gesagt, er ist zu alt und ist zurückgesetzt. (Abg. Böhmer: „Karnevalsrede!“) Und jetzt lassen Sie mich schon zur rechtlichen Situation kommen. Ja, ich weiß schon, das tut euch weh. Wenn man euch voll trifft, dann tut euch das weh. Schauen Sie, wir haben heute vom Finanzlandesrat Dipl.-Ing. Paieryl sehr deutlich die rechtlichen Grundlagen einer Aktiengesellschaft gehört. Werte Damen und Herren, und niemand will sich hinter dem Gesetz verstecken. Nur, wer Verantwortung für das Land übernimmt, kann nur nach dem Gesetz handeln. Und hier steht ausdrücklich drinnen, es gibt keine Eigentümerweisung. Ich weiß, das tut euch irrsinnig weh.

Und, lieber Herr Erich Prattes, Herr Klubobmannstellvertreter, schau dir bitte auf Seite 4 diesen Bericht an, da steht ganz klar drinnen, was hier passiert ist, wer hier die Verantwortung zu tragen hat, und nicht einfach, weil man jetzt irgendwem an den Pelz rücken will, jetzt drehen wir das um. Dann stellt ihr wirklich diese Studie oder diese Expertise von diesem Gutachter ja in Frage. Das ist schon ein ganz starkes Stück. Und wenn man hier den Bericht anschaut, verehrte Damen und Herren, dass von sechs Fällen fünf in eine Zeit fallen, wo ausschließlich die SPÖ die Verantwortung gehabt hat, von dem redet ihr gar nichts. Ich darf nur eines sagen, ich durfte damals den Finanz-Ausschuss führen, der Kurtl Gennaro war damals im Krankenhaus, wie diese Transaktion mit den Franzosen passiert ist. Verehrte Damen und Herren, ich bin schon lange genug da, da hätte 1998/1999/2000 euer Landsrat und Ing. Ressel Zeit genug gehabt nachzudenken, wie man hier vielleicht diesen Verkaufserlös einsetzt oder in welche Beteiligung man geht. Dazu hat man von euch letztendlich nichts gehört. Ich meine daher, ein Untersuchungs-Ausschuss schreckt uns überhaupt nicht. Auch nicht ob wir sechs oder vier Mitglieder haben, wie auch immer. Dort wird sicherlich alles auf den Tisch kommen. Die aktienrechtliche Prüfung ist vorhanden, wir werden Informationen und Stellungnahmen erhalten und es wird sicherlich ein ordentliches Ergebnis herauskommen. Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zur Frau Landeshauptmann sagen: Es kann ja wohl nicht sein, dass bei jeder Landtagssitzung Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Ziel ist. Sie hat den Bundesrechnungshof beauftragt, weiters ist die aktienrechtliche Prüfung passiert, auch der Aufsichtsrat wurde geändert. Den Ehrenkodex und vieles mehr hat sie hier sehr wohl eingefordert und umgesetzt. Heute sagt ihr wieder, es war ein Fehler. Es schaut aber so aus, dass das alles zu wenig wäre. Das scheint euch überhaupt nicht zu interessieren. Ihr habt nur ein Ziel: Man muss die Frau Landeshauptmann schlecht machen. Das wird euch aber nicht gelingen. Ihr braucht nur mit offenen Ohren draußen herumgehen. Die Leute sagen, was sich hier bei der SPÖ abspielt. Sie sind irritiert und wollen in irgendeiner Form politisches Kleingeld kassieren. Lassen Sie mich noch zu den Grünen kommen: Leider ist Frau Klubobmann jetzt nicht hier. Ich habe mit ihr unter vier Augen gesprochen und ich hoffe, sie wird sich bei der Frau Landeshauptmann und bei der Frau Landesrätin entschuldigen. Denn, verehrte Damen und Herren, diese Sprachkultur unter Frauen hier im Hohen Haus lässt zu wünschen übrig. Ich denke, sie wird das tun. Dieser Sonderlandtag, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr neuer Klubobmann Walter Kröpfl, ist total ins Leere gegangen. Das war ganz dürrig, weil diese 51 Fragen haben euren Vorsitzenden so geschüttelt, dass er vor lauter Rasch nicht einmal gewusst hat, was er sagen soll. (Landesrat Mag. Erlitz: „Vor lauter Lachen!“) Wir werden uns das schon noch alles genau im Untersuchungs-Ausschuss anschauen. Ich meine daher, dass die Beantwortung äußerst dürrig war. Sie war unter jeder Kritik. Ich denke, dass dieser Sonderlandtag heute nichts anderes als eine Aufmachung war, dass man wieder in den Medien erfährt, dass es die SPÖ auch gibt. Man nimmt euch nicht wahr und wenn, dann nur im negativen Sinn und nur in der Polemik. Liebe Freunde, denkt zurück an den 15. Oktober 2000, da habt ihr eine Radierung bekommen bis zum Gehnichts mehr. 2005 werden wir wiederum ein tolles Ergebnis für die steirische Volkspartei einfahren. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.21 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (13.21 Uhr): (Präsident: „Am Wort ist Frau Klubobfrau Dietrich. Das gilt für alle anderen Damen und Herren, die sich nicht gemeldet haben. Ich bitte zu beginnen, Frau Abgeordnete!“) Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Ich danke dem Herrn Kollegen Straßberger für seine Wortmeldung, denn er hat eigentlich eines deutlich gemacht: Die ESTAG war und ist Spielball der Politik. Die Politik kann sich heute nicht wegstellen und so tun, als ob es diese Verbindungen nicht gäbe. Ich gehe noch weiter: Die ESTAG ist Wahrzeichen für die schwarz-rote Proporzpolitik in diesem Land. (Beifall bei der FPÖ.)

Herr Landesrat Paieryl, gerade du mit deiner persönlichen Karriere – Sekretär vom Landeshauptmann, Vorstand in der STEWEAG, zurück in die Politik, aber auch der Abgang von den beiden Landesräten Dr. Hirschman und Dörflinger – zeigt, wie eng diese ESTAG mit der Politik verflochten ist. Wenn wir uns jetzt die beiden Vorstände anschauen, Ditz und Schachner, dann sieht man wiederum den rot-schwarzen Proporz in diesem Paradeunternehmen. Bei diesem gelebten Proporz haben alle mitgetan, haben alle geschwiegen, haben kassiert, waren zufrieden bis auf Landesrat Hirschmann, der jetzt plötzlich aus der Reihe getanz ist. Dadurch ist ja eigentlich der Stein ins Rollen gekommen. (Abg. Mag. Drexler: „Dann ist der Proporz ja eh gut!“) Das war insofern gut, weil in dem Bereich einiges nicht in Ordnung ist. Wir haben in der ESTAG massivste politische Einflussnahmen auf Kosten der Steuerzahler, die für den Strom mehr bezahlen müssen auf der einen Seite und das Volksvermögen, das auf der anderen Seite vernichtet wird. Wenn auch Landesrat Paieryl nicht müde wird uns zu erklären, wie toll die ESTAG ist, so sieht man dennoch am Vergleich mit anderen Unternehmen in Niederösterreich, Oberösterreich, im Verbund, den deutschen Mitbewerbern EDN, RWA, dass die ESTAG sehr wohl schlechter ist als ihre Mitbewerber. Nicht umsonst hat am 29. Oktober der französische Aufsichtsrat bereits darauf hingewiesen, dass zwar 1998 die Rendite noch 8,7 Prozent betragen hat, aber 2004 nur noch 0,5 Prozent betragen wird. Auch Ernst & Young sagen, dass die tatsächliche Wertentwicklung sich wesentlich von der erwarteten Wertentwicklung unterscheiden wird. Was uns Anlass zur Sorge gibt und wo aus unserer Sicht die Hauptkritik liegt, ist die Beteiligungspolitik der ESTAG in den vergangenen Jahren. Hier hat sich offensichtlich ein geschlossener Kreis zu einer Risikogemeinschaft mit der ESTAG zusammengetan, wobei das Risiko immer zu 100 Prozent bei der ESTAG gelegen ist. Ich glaube, auch hier wird sich die Politik nicht aus der Verantwortung stehlen können. Es ist mit Wissen der ÖVP passiert, mit Wissen der ÖVP insofern, weil sogar der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende Ertler in einem Interview am 3. Juli 2003 gesagt hat, darüber hinaus habe ihm auch Frau Landeshauptfrau

Waltraud Klasnic ihre Zustimmung zu diesem Projekt – gemeint ist die Fluglinie – signalisiert. Das heißt, die Politik hat gewusst, die Politik hat mit zu verantworten und es ist auch eine Frage der politischen Verantwortung, was über die ganzen Machenschaften im Energiekonzern passiert ist. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir im Rahmen des Untersuchungs-Ausschusses gerade diese Fragen aufklären können, dass wir dieses Netzwerk darstellen können und dass es in der Steiermark gelingen wird, dieses Netzwerk zu verhindern, das besteht, und auch für die Zukunft Sorge zu tragen, dass die Politik ihre Finger aus der Energie Steiermark AG. zurückzieht und dass es solche Konstrukte, wie es sich in der Vergangenheit ergeben hat, in Zukunft nicht mehr geben wird. (Beifall bei der FPÖ. – 13.26 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses zur Überprüfung der politischen Verantwortung für die Missstände in der ESTAG, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 13.27 Uhr.)



